

Armin Rudi Kitzmann, Pfr. / StD. i.R.  
 Autor des Buches „Mit Kreuz und Hakenkreuz“  
 Kastelburgstraße 17  
 81245 München

München, April 2013

Tel. 089/8631774

## **Reizperson für Nationalsozialisten und Demokraten: Landesbischof D. Hans Meiser Dokumentation einer Verurteilung**

### **1. Die Nationalsozialisten und Meiser**

#### **1.1. Gestörte Harmonie**

Noch 1932 sah der Führungsstab der NSDAP das Verhältnis zum Landeskirchenrat *„leider als ein völlig negatives“*. Dieses schlechte Verhältnis hing vor allem mit der Person des Kirchenpräsidenten D. Friedrich Veit zusammen und seiner ablehnender Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus. So ist es nicht zu verwundern, dass nach der Machtergreifung Hitlers maßgebliche Kräfte der bayerischen Landeskirche auf Veits Rücktritt hinarbeiteten. Die Audienz des Vorsitzenden des Pfarrervereins Friedrich Klingler am 5. April 1933 bei Kultusminister Schemm markierte den Anfang dieser Bemühungen. Für den Pfarrerverein legte Klingler dem Kultusminister eine Erklärung vor, die offenbar dessen volle Zustimmung fand. Sie stellte fest, dass einerseits die Rechte der Kirche garantiert werden müssen, dass aber andererseits die Pfarrer *„mit allen Kräften mitarbeiten an der nationalen und religiösen Wiedergeburt unseres ganzen deutschen Volkes“*. (1)

Um das sicherzustellen, brauchte es aber eines neuen Kirchenführers in Bayern. (Schemm hatte im Gespräch mit Klingler nicht nur eine gleichgeschaltete Kirche, sondern auch Neuwahlen zu allen kirchlichen Körperschaften und Gremien gefordert) (2)

Infolgedessen beendete Veit mit seiner Rücktrittserklärung am 11. April 1933 seinen Dienst als Kirchenpräsident und die Landessynode wählte am 3. Mai 1933 Oberkirchenrat Hans Meiser zum bayerischen Landesbischof. Er schien sowohl den Synodalen als auch den Vertretern des Nationalsozialismus der richtige Mann zu sein für die eben angebrochene neue Zeit. So konnte das Evangelische Gemeindeblatt für München im Juli 1933 das Verhältnis von Staat und Kirche als *„geordnet und sehr gut“* beschreiben.

Ein Garant dieses guten Verhältnisses schien auf staatlicher Seite der eben genannte Gauleiter und Kultusminister Hans Schemm zu sein. Die Wahl Meisers zum Landesbischof fand sicher seine Zustimmung. So sah man den protestantischen Lehrer aus Bayreuth, der seit 12. April 1933 Bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus war, bereits bei der Einsetzung Meisers als Bischof in Nürnberg. Zusammen mit dem ebenfalls evangelischen Ministerpräsidenten Ludwig Siebert marschierte er im Festzug zur Lorenzkirche. Darüber hinaus machten sein kirchenfreundlicher Kurs und sein Werben zahlreiche Pfarrer der bayerischen Landeskirche bereit, sich für den Nationalsozialismus zu öffnen oder gar in die Partei einzutreten. (3)

Und seine öffentlich verkündete Parole: *„Unsere Politik ist Deutschland, unsere Religion ist Christus“* verfehlte auch beim Kirchenvolk nicht seine Wirkung. (4)

Doch gerade dieser Gauleiter und Kultusminister Hans Schemm zeigte sich bald ganz überraschend als ausdrücklicher Gegner Meisers. Das Protokoll der Sitzung des Bayerischen Ministerrates vom 6. Januar 1934 belegt das: (5)

*„IV. Verhältnisse der evangelischen Kirche.*

*Der Ministerpräsident (Ludwig Siebert) teilte mit, Landesbischof Meiser habe sich bei einem Besuch stark beunruhigt gezeigt, weil ihm bekannt geworden sei, dass der evangelische Reichsbischof und der bayerische Kultusminister (Hans Schemm) der Ansicht seien, er sei in seinem Amte nicht mehr am Platz. Er habe als Ministerpräsident erwidert, dass Staatsminister Schemm derartige Äußerung aus weltanschaulichen Gründen in seiner Eigenschaft als Parteiführer getan habe, sodaß für ihn kein Anlaß zu einer Stellungnahme bestehe.*

*Der Kultusminister erklärte, als Führer der nationalsozialistischen Bewegung befinde er sich im ‚konkordatsfreien Raum‘ und könne sich daher mit mehr Freiheit äußern wie als Mitglied der Staatsregierung. Bei Verhandlungen in Berlin sei ihm bekannt geworden, dass Reichsbischof Müller ein ganz vernichtendes Urteil über Landesbischof Meiser habe. Meiser habe die Erklärung sämtlicher Bischöfe, dass sie mit der Politik des Reichsbischofs einverstanden seien, zunächst unterzeichnet, nach zwei Tagen aber die Unterschrift in einem wesentlichen Punkte widerrufen, da er sie mit seinem Gewissen nicht vereinbaren könne. Außerdem habe er an den Reichsbischof die Frage gerichtet, was er zu tun gedenke, wenn dieses System von einem anderen abgelöst werde.*

*Meiser sei außerordentlich streng orthodox und insofern eine Parallelerscheinung zum katholischen Klerus.*

*Er (Kultusminister) habe in verschiedenen Reden geäußert, wenn die Kirchen ihre Tore nicht den Gedanken von Volk und Rasse öffneten, gingen sie den Weg des Untergangs. Er frage an, ob der Ministerrat in dieser Angelegenheit eine grundsätzliche Stellung einnehmen wolle.*

*Der Justizminister (Hans Frank) wies darauf hin, dass die NSDAP nach ihrem Programm auf dem Boden des positiven Christentums stehe. Im übrigen müsse man es dem Führer überlassen, den Beginn des Kampfes festzusetzen.*

*Der Ministerpräsident teilte mit, dass er über die Frage mit dem Führer gesprochen habe. Dieser verurteilte die Uneinigkeit in der evangelischen Kirche; er wolle die Sache aber zunächst nur im Auge behalten und ein aktives Eingreifen mit Rücksicht auf die außenpolitischen Arbeiten zunächst zurückstellen.*

*Bei dieser Stellungnahme könne auch die Bayerische Staatsregierung den Kampf nicht aufnehmen, zumal da sie nicht angegriffen sei und die Auseinandersetzungen im Hinblick auf Franken und die Pfalz vermeiden müsse. Bei der gegenwärtigen politischen Lage gebiete es die Klugheit, in der Sache nichts zu tun. Er empfehle dem Herrn Kultusminister, dem Landesbischof die erbetene Aussprache zu gewähren.*

*Staatsminister Schemm erklärte sich hierzu bereit. Sobald die von Reichsbischof Müller in Aussicht gestellte Aufzeichnung über die Gesamtlage ihm zugegangen sei, werde er gegebenenfalls eine weitere Aussprache im Ministerrat anregen. Der Ministerrat nahm hiervon zustimmend Kenntnis.“*

Nach diesem Protokoll bestätigt Schemm ohne wenn und aber, dass er zusammen mit Reichsbischof Müller der Meinung ist, Landesbischof Meiser „sei in seinem Amte nicht mehr am Platz“. Mit anderen Worten: Fort mit Meiser! Lediglich aus taktischen Gründen, die Ministerpräsident Siebert benennt, ist Schemm bereit, diese Angelegenheit zu vertagen („...werde er gegebenenfalls eine weitere Aussprache im Ministerrat anregen“).

Dass Schemm ganz direkt die Beseitigung Meisers als Landesbischof betrieben hat, wird auch ersichtlich durch eine Mitteilung von Pfarrer Richard Zwörner (6) an Helmut Baier (7). Danach hat Zwörner von Schemm die telefonische Aufforderung erhalten, Meiser zu stürzen und selbst Landesbischof zu werden. Diesen Vorgang hat Zwörner aber sofort Meiser

mitgeteilt.

Damit ist deutlich, dass Meiser bereits Anfang 1934 für das nationalsozialistische Regime nicht mehr der brauchbare Bundesgenosse war (*„Meiser sei außerordentlich streng orthodox und insofern eine Parallelerscheinung zum katholischen Klerus“*). Im Gegenteil: Der bayerische Landsbischof war jetzt schon zur Reizperson für die Nationalsozialisten geworden, die verschwinden sollte. Aber öffentlich forderte die Parteipresse erst im September 1934 die Absetzung Meisers (Fränkische Tageszeitung vom 15. September: *„Fort mit Landesbischof D. Meiser! Er ist treulos und wortbrüchig – Er handelt verräterisch – Er bringt die evangelische Kirche in Verruf“*).

Gleichsam im Nachhinein fällt auf, dass die nationalsozialistisch orientierte Tageszeitung *„Völkischer Beobachter“* am 12. Juni 1933 die Einsetzungsfeierlichkeiten um Meiser lediglich mit einem versteckten Hinweis erwähnte, Auch der *„Fränkischen Tageszeitung“* war die Amtseinsetzung nur einen Bericht auf Seite drei wert. Zeigte sich hier schon kritische Distanz zum neuen Landesbischof? Alle anderen Presseorgane warteten mit entsprechenden Schlagzeilen auf der ersten Seite auf (eine umfangreiche Sammlung liegt dem Autor vor).

## 1.2. Audienz bei Hitler am 13. März 1934

Als Pastor Ludwig Müller am 27. September 1933 zum Reichsbischof gewählt worden war, wurde er zur Schlüsselfigur für die weitere Entwicklung der Evangelischen Kirche. Doch Zug um Zug verlor er das Vertrauen der evangelischen Kirchenführer, die ihn gewählt hatten. Er war es ja, der die Deutschen Christen protegiert hatte, die sich dann in der Sportpalast-Kundgebung in Berlin am 13. November 1933 als Gegner des christlichen Glaubens entpuppt hatten. Er hatte selbstherrlich das erste „Geistliche Ministerium“ eingesetzt und er hatte auch das „Schurkenstück“ (so Landesbischof Wurm) eingefädelt, das zur Auflösung der evangelischen Jugendverbände führte (Eingliederungsvertrag vom 19. Dezember 1933).

Das durch den Reichsbischof selbst so enttäuschte Vertrauen rief eine massive Opposition auf den Plan, die energisch seinen Rücktritt forderte. Müller aber wehrte sich durch einen „Maulkorberlass“ gegen jede Kritik an seiner Person und seiner Politik. Doch die kirchlichen Proteste waren schließlich so heftig, dass sich Reichskanzler Adolf Hitler in den Streit einschaltete und am 25. Januar 1934 die gesamte Prominenz der evangelischen Kirche nach Berlin einlud. Die Kirchenführer erhofften sich von diesem Treffen die Entmachtung Müllers durch den Reichskanzler. Sie wurden aber durch Hitler und Göring derart in die Enge getrieben, dass sie sich schließlich bereit erklärten, *„sich geschlossen hinter den Reichsbischof zu stellen“*. Für die gesamte Bekennende Kirche war dies ein katastrophales Ergebnis. Die Bischöfe mussten sich dann heftigste Kritik in ihren Landeskirchen gefallen lassen. In Bayern ging das soweit, dass Landesbischof D. Hans Meiser seinen Rücktritt anbot. Weil die Situation um den Reichsbischof nun unhaltbar geworden war, baten die Landesbischofe Theophil Wurm (Württemberg) und Hans Meiser Hitler um eine „persönliche vertrauliche Aussprache“. Sie sahen sich nicht mehr in der Lage, ihr Versprechen vom 25. Januar 1934 aufrechtzuerhalten und weiterhin mit dem Reichsbischof zusammenzuarbeiten.

Meisers stenographische Nachschrift des Gespräches vom 13. März 1934 ist erhalten

geblieben:

*„Allen Vorstellungen und Einwendungen Hitlers gegenüber blieben wir fest. Als er für keine unserer Vorstellungen Verständnis zeigte, sagte ich schließlich: ‚Wenn die Dinge so liegen, so bleibt uns nichts übrig als unseres Führers allergetreueste Opposition zu werden. Darauf brauste Hitler auf, bekam einen förmlichen Tobsuchtsanfall, lief hin und her und schrie uns an: ‚Nicht meine allergetreueste Opposition sind Sie, sondern Verräter des Volkes, Feinde des Vaterlandes und Deutschlands Zerstörer.‘“ (8)*

Auch Wurm gibt in seiner Biographie mit ähnlichen Worten dieses Geschehen wieder:

*„... Besonders wütend wurde der Reichskanzler, als Landesbischof Meiser erklärte:  
,Wenn Ludwig Müller sein Amt nicht niederlegt, so bleibt uns nichts übrig, als Seiner Majestät allergetreueste Opposition zu werden.' Hitler brüllte: Das sind Sie nicht, sondern Landesverräter und Volksverräter!' (9)*

Für Hitler war es wohl unerträglich, aus dem Munde eines Landesbischofs den Begriff „Opposition“ zu hören. Jegliche politische Opposition war ja bereits beseitigt. Zunächst hatte Hitler die DKP ausgeschaltet, den Reichstag für vier Jahre suspendiert, dann die freien Gewerkschaften verboten und sämtliche Parteien aufgelöst. Und da stellt sich nun gerade ein Lutherischer Landesbischof vor ihn und will Opposition sein! Das ist Landes- und Volksverrat!

### **1.3. Im Visier der fränkischen NSDAP**

Am 22. April 1934 schlossen sich die bekenntnistreuen Kirchen und Gruppierungen in Ulm zur „*Bekenntnisgemeinschaft der Deutschen Evangelischen Kirche*“ zusammen. Der Bayerische Landesbischof D. Hans Meiser verlas im Münster die „Ulmer Erklärung“ als Protest gegen die Reichskirchenregierung unter Ludwig Müller.

Am 7. Mai 1934 richteten die Kirchenführer der Bekenntnisgemeinschaft eine Kundgebung an alle deutschen evangelischen Christen. Landesbischof D. Hans Meiser war Mitunterzeichner. Darin wurde festgestellt, dass die Reichskirchenregierung mit Ludwig Müller sich nicht von ihrem „bekenntnis- und verfassungswidrigen Weg“ abgekehrt hat und dass deshalb dem jetzigen Reichskirchenregiment der Charakter einer wahrhaft evangelischen Kirchenleitung abgesprochen werden muss. Weiter:

*„Wir lehnen es ab, uns zu unterwerfen  
1. einem ungesetzlichen Machtregiment, das sich auf Willkür, nicht auf die beschworene Verfassung gründet,  
2. einer ungesetzlichen Führung, die sich nicht an das Wort Gottes, sondern an menschliche Maßstäbe hält,  
3. einer unevangelischen Bedrückung der Gewissen, die freie Wortverkündigung zu hindern sucht.  
... Wir erklären feierlich, dass wir bekenntnis- und verfassungswidrigen Anordnungen nicht Folge leisten werden. ... Wir als die rechtmäßige deutsche evangelische Kirche können diese Haltung nicht aufgeben ... . Wir fordern alle evangelischen Christen und Gemeinden auf, sich in Gebet und Handeln hinter uns zu stellen. ...“ (10)*

Auch an der Ausarbeitung der „*Barmer Erklärung*“, die die Bekenntnissynode in Wuppertal-Barmen am 29. Mai 1934 verabschiedete, hatte die Bayerische Landeskirche durch Pfarrer Eduard Putz und Oberkirchenrat Thomas Breit mitgewirkt. Diese Erklärung verdammt die Deutschen Christen als Irrlehrer und zeigte der Partei und dem Staat ihre Grenzen auf.

Am 24. Mai hatte Meiser (nach Absprache mit der Landessynode am 21. Mai in München) bereits die Forderung des Rechtswalters Jäger nach Eingliederung der Bayerischen Landeskirche in die Reichskirche entschieden abgelehnt. Und nun, auf der letzten Landessynode, am 23. August in München, bestätigten die Synodalen einstimmig diesen kirchenpolitischen Kurs ihres Landesbischofs.

Damit ist die oppositionelle Haltung der Bekennenden Kirche in Bayern gegenüber dem

Reichskirchenregiment eindeutig festgelegt. Aber diese Haltung ruft die Gegner auf den Plan. Die Deutschen Christen und die NSDAP gehen nun zum Angriff auf die Kirche über. Und als den eigentlichen Gegner haben sie Landesbischof D. Hans Meiser ausgemacht.

Der Reichstagsabgeordnete und stellvertretende Gauleiter der NSDAP in Franken, Karl Holz, wird zum aggressiven Feind Meisers. Am 15. September 1934 veröffentlicht er in der von Gauleiter Julius Streicher herausgegebenen „*Fränkischen Tageszeitung*“ in Nürnberg einen unglaublich hetzerischen Artikel über den Bayerischen Landesbischof. Und riesige rote Plakate fordern seine Entfernung aus dem Amt. Zwei Tage später wird der Artikel nochmals als „*Extrablatt*“ abgedruckt und als Flugblatt öffentlich verteilt. Unterstützung findet er auch in der Parteipresse:

**„Fort mit Landesbischof D. Meiser ! Er ist treulos und wortbrüchig – Er handelt volksverräterisch – Er bringt die evangelische Kirche in Verruf.**

*... Der Schuldige an diesen Zuständen ist Landesbischof D. Meiser. Er ist der Haupthetzer. Er verfasst die Kundgebungen, die Rundschreiben und die Entschliefungen. Er bringt die ihm unterstellte Geistlichkeit durcheinander. Er will nun auch noch die Kirchenbesucher in Verwirrung bringen.*

*Das ist derselbe Landesbischof, D. Meiser, dem jeder ehrliebende, charakterfeste, deutsche Mann nur mit Verachtung gegenüberstehen kann. ...*

*Landesbischof D. Meiser hat damit etwas getan, was weder ein Mann von Ehre und Charakter noch ein wahrhafter Christ je tun würde. Er hat das dem Führer und dem Dritten Reich feierlich und unter Handschlag abgegebene Treuebekenntnis schmählich gebrochen. Er hat gleichzeitig das feierlich und öffentlich abgegebene Treuebekenntnis zum Reichsbischof Müller gebrochen und diesen schändlich verraten. Er hat die Kritik an Staat, Volk und Bewegung fortgesetzt und weiter fortsetzen lassen und damit sich selbst verurteilt. Er hat die Autorität des Reichsbischofs ‚mit allen ihm zustehenden Mitteln‘ nicht gefestigt, sondern geschädigt und untergraben.*

*Landesbischof D. Meiser hat sich damit selbst die Ehre genommen. Er ist treulos. Er ist wortbrüchig. Er ist unchristlich. Er hat volksverräterisch gehandelt. Er hat das Ansehen der evangelischen Kirche aufs schwerste gefährdet und in Verruf gebracht. ...*

*Meiser hat gehandelt wie jener Verräter, den jeder ehrliche Christ verabscheut. Er hat gehandelt wie Judas Ischariot. Dieser verriet seinen Herrn und Meister mit einem Kuß. Landesbischof D. Meiser verriet seinen Führer mit einem Händedruck.*

*Landesbischof D. Meiser gründete die sogenannte ‚Bekennnisfront‘. Das Bekenntnis dieser Front ist der Wortbruch, der Treuebruch und der Volksverrat. ...*

*Die evangelische Bevölkerung verlangt vor allem die sofortige Entfernung des wortbrüchigen und treulosen Landesbischof D. Meiser. ... und kämpft für eine einig, geschlossene, evangelische Reichskirche, die keine Landesgrenzen mehr kennt. Sie tritt ein für den Reichsbischof Müller und seine unbedingte Autorität über die gesamte evangelische Kirche Deutschlands. ...“ (11)*

Trotz dieser maßlosen Angriffe steht die Bayerische Landeskirche weiterhin zu ihrem Bischof. In Nürnberg und in München treten die Gemeinden mit Demonstrationen und Bekenntnisgottesdiensten öffentlich für ihren Landesbischof ein. Die „*Allgemeine Rundschau*“ stellt fest:

*Landesbischof D. Meiser hat seit dem einmütigen Verlauf der bayerischen Landessynode (Anm.: 23. August 1934) aus allen Kreisen der bayer. Landeskirche eine Fülle von Zuschriften erhalten, die ihn des unentwegten Vertrauens versichern und ihn bitten, in seiner Haltung zu beharren. ...“ (12)*

So musste auch der Versuch des Reichskirchenregiments scheitern, Landesbischof Meiser seines Amtes zu entheben und seine Landeskirche mit Gewalt in eine Deutsche Evangelische Kirche einzugliedern (am 11./12. Oktober 1943). **(12a)**

Dieser gewaltsame Versuch begann am 11. Oktober 1934. Der Rechtswalter der Reichskirchenregierung, Dr. August Jäger, begleitet von politischer Polizei und Gestapoleuten, besetzte die Amtsräume des Landeskirchenrates in der Arcisstraße. Er beurlaubte die Oberkirchenräte und belegte sie mit Redeverbot. Am nächsten Tag wurde dann der Landesbischof in seiner Wohnung im Gebäude des Landeskirchenrates interniert. Die bisherige Kirchenleitung wurde für abgesetzt erklärt. Doch diese gesetzwidrige Maßnahme der Reichskirchenregierung führte zu einem einmaligen Proteststurm der fränkischen und der Münchner Gemeinden und dem dabei entstandenen Druck musste schließlich die nationalsozialistische Regierung nachgeben. Nachdem Hitler die Landesbischöfe Wurm (Württemberg), Marahrens (Hannover) und Meiser (Bayern) am 26. Oktober zu einer Audienz empfangen hatte, konnte Landesbischof Meiser am 1. November wieder die Leitung der Bayerischen Landeskirche übernehmen. **(12b)**

## 1.4. Verachtung für den „Judenfreund“

### 1.4.1. „Der Stürmer“

Die Kampagne, die Holz in Nürnberg gegen Landesbischof D. Hans Meiser geführt hatte, war also gescheitert. Umso dankbarer nahm er nun die nächste Gelegenheit wahr, um Meiser zu attackieren. 1935 gab ihm ein Artikel von Stadtvikar Hopf aus Aschaffenburg mit dem Titel „Judenmission“ dazu die Gelegenheit.

Am Ende seiner Ausführungen nahm Hopf Bezug auf Meisers Beitrag von 1926 im Nürnberger Gemeindeblatt zur Judenfrage und zitierte ihn folgendermaßen:

*„Der Mann, der jetzt als Landesbischof unsere lutherische Kirche in Bayern führt, hat vor einigen Jahren gesagt:*

*‚Wenn der ewige Jude, das Judenvolk, einst an das Ende seiner Wanderfahrt gekommen ist, soll er gespürt haben, daß er auf seinem Weg durch christliche Völker gekommen ist‘. Und weiter sagt er: ‚Als Christen sollen wir die Juden mit Freundlichkeit grüßen, mit Selbstverleugnung tragen, durch hoffende Geduld stärken, mit wahrer Liebe erquicken, durch anhaltende Fürbitte retten‘. Das ist unser Weg in der Judenfrage, der Weg der Gemeinde Jesu Christi. ...“ **(13)***

Mit diesen „fünf Geboten“ (sowie den im Original vorausgehenden Mahnungen) forderte Meiser die Christen in Nürnberg auf, sich schützend vor die Juden zu stellen.

Doch dieser Text von 1926 ist für Holz der eindeutige Beleg für eine verachtenswerte, immer schon vorhandene, Judenfreundschaft bei Landesbischof D. Meiser. In dieser Überzeugung greift er nun in einem „Offenen Brief“ den „Judenfreund“ Meiser an. Unter zu Hilfenahme von Luthers antijüdischer Schrift „Von den Jüden“ stellt er in seinem Pamphlet fest:

*„ ... daß nach diesen Lutherworten der Herr Meiser zu denen gehört, denen die Juden ‚ins Maul tun‘ und der ihnen dafür ‚in den Hintern kriecht und dasselbe Heiligtum anbetet‘. ... Und ebenso leid tut es uns, dass nach dem Urteil Luthers der Herr Landesbischof Meiser zusammen mit den Juden in die Hölle kommt. Aber er möge sich trösten. Er hat ja so sanftmütige und wunderbare Grundsätze. Er möge also, wenn er am jüngsten Tage den Teufel sieht, ihn ‚mit Freundlichkeit grüßen‘ und sein höllisches Feuer möge er ‚mit Selbstverleugnung ertragen‘“ **(14)***

Drastische Karikaturen zu den „fünf Geboten“ Meisers im „Der Stürmer“ unterstreichen dieses schriftliche Machwerk von Karl Holz.

### 1.4.2. „Der SA-Mann“

Ganz auf dieser Linie liegt auch ein Artikel in der Zeitschrift „Der SA-Mann“ Unter der Überschrift „*Erquicket die Juden mit eurer Liebe!*“ werden zu den „fünf Geboten“ Meisers von 1926 ironisch-gehässige „Ausführungsbestimmungen“ formuliert, die Meiser ebenfalls als unverzeihlichen Judenfreund darstellen sollen. Zum „5. Gebot“ Meisers („durch anhaltende Fürbitte retten“) heißt es da:

*„Sollte aber der Arm des irdischen Richters einen des ‚auserwählten Volkes‘ erreichen und wird euch dieses durch Wort oder Schrift bekannt, dann soll eure Fürbitte einsetzen. Dann zwingt die überquellende Kraft eures mitleidigen Herzens in einen Füllhalter und schreibt Bittbriefe an die bösen Behörden auf daß aus eurer Fürbitte den Juden die Rettung aus den unheilvollen Klauen des Satans werde. Verzaget nicht und lasset eure Kraft nie erlahmen: ...“ (15)*

Diese billige Polemik wird aber weit übertroffen von der Beurteilung Meisers durch den Reichsstatthalter von Sachsen.

### 1.4.3. Reichsstatthalter von Sachsen Martin Mutschmann

Auf Bitten des Vorstands des Gustav-Adolf-Vereins sollte Landesbischof D. Meiser am 20. Oktober 1937 in der Kreuzkirche in Dresden predigen. Vor Beginn des Gottesdienstes wurde Meiser aber durch einen Beamten der Geheimen Staatspolizei eröffnet, dass er die Predigt nicht halten dürfe und dass auch die Mitteilung des Verbotes untersagt sei. Das Verbot erfolge unter Bezugnahme auf die „zur Abwehr kommunistischer staatsfeindlicher Gewaltakte“ erlassene Notverordnung vom 26.2.33. Gegen diesen Eingriff in das Recht der Kirche zur Wortverkündigung legte Meiser „schärfste Verwahrung“ ein. Die Konsequenz dieser Beschwerde aber war ein deutliches Schreiben des Reichsstatthalters (16)

Betr.: Verbot der Wortverkündigung.

*Ich bestätige Ihr Schreiben vom 26. Oktober 1937 und teile Ihnen darauf mit, dass ich auf Ihre Predigt in meinem Gau absolut keinen Wert lege. Wir haben es nicht nötig, uns von Ihnen Ammenmärchen erzählen zu lassen, um so weniger, als Sie im ‚Lutherischen Missionsjahrbuch‘ für 1935 durch Erlaß Ihrer 5 Gebote offen zu erkennen gegeben haben, dass Sie sich auf die Seite der Staatsfeinde stellen.*

*Ich möchte Ihnen anheim stellen, in Zukunft meinen Gau zu meiden.*

*Martin Mutschmann*

Auf Grund des Textes von 1926 (zitiert im „Lutherischen Missionsjahrbuch 1935“) ist es für den Reichsstatthalter Mutschmann ausgemacht, dass dieser bayerische Landesbischof ein Judenfreund ist – und damit ein Staatsfeind(!), der in Sachsen nicht geduldet werden kann.

### 1.4.4. SS-Untersturmbannführer Gahrman

Am 1.Nov.1937 hielt im Sicherheitshauptamt in Berlin der SS-Untersturmbannführer Gahrman auf der Tagung des Judenreferats des Staatssicherheitsdienstes SD, Amt II (Weltanschauungen) 112 (Judentum) einen Vortrag zum Thema „Geistige Unterstützung des assimilatorischen Judentums in Deutschland durch Katholizismus und Bekenntnisfront“.

In Gegenwart hoher Nazi-Führer, unter anderen auch Adolf Eichmann, führte er dort aus:

*„Die judenfreundliche Einstellung des Protestantismus wird am besten charakterisiert durch die 5 Gebote, die Landesbischof Meiser im Lutherischen*

*Jahrbuch 1935 von seinen Bekenntnischristen erwartet: „Als Christen wollen wir die Juden erstens mit Freundlichkeit grüßen, zweitens mit Selbstverleugnung tragen, drittens durch hoffende Geduld stärken, viertens mit wahrer Liebe erquickten, fünftens durch anhaltende Fürbitte retten.“ (17)*

Da sind sie wieder, die „*Fünf Gebote*“ Meisers von 1926. Der Text von 1926, der heute hartnäckig als antisemitischer Text gelesen wird, ist für die Nationalsozialisten das „rote Tuch“ schlechthin. Für sie ist er das philosemitische Dokument der Bekennenden Kirche überhaupt. In Nürnberg und in Dresden und gleichermaßen in Berlin. Und allein schon wegen dieses Textes ist der bayerische Landesbischof die herausragende Reizfigur für die nationalsozialistischen Machthaber.

## 1.5. Reichsleiter Alfred Rosenberg

Alfred Rosenberg war eine der einflussreichsten, aber auch verbrecherischsten Führungsgestalten im Nationalsozialismus. Sein Buch „*Der Mythos des 20. Jahrhunderts*“ wurde maßgeblich für die Ausprägung des nationalsozialistischen Antisemitismus. Er „*ebnete den Weg zum nationalsozialistischen Weltbild und einem Handeln, in dem andere Völker unterdrückt und eine ‚reine‘ Rasse gezüchtet werden sollten.*“ (18)

Da diese Ideologie die volle Zustimmung Adolf Hitlers fand, wurde er bereits am 24.1.1934 zum „*Beauftragten des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP*“ ernannt.

Später, als Kulturzensor und Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, war er auch mitverantwortlich für die Ausplünderung, die Ghettoisierung und Ermordung der Juden.

Alfred Rosenberg zum Gegner zu haben, war also nicht zu empfehlen.

Dennoch blieb auch diese Konstellation Landesbischof D. Meiser nicht erspart.

In seinem Buch „*Protestantische Rompilger, Der Verrat an Luther und der Mythos des 20. Jahrhunderts*“ (19) sieht Rosenberg die Bekennende Evangelische Kirche im Kampf gegen das Deutsche Reich. Dabei habe die Evangelische Kirche die Linie der einst deutsch begonnenen Reformation Martin Luthers verlassen und sich der Peterskirche in Rom genähert. „*Das Gesetz, die Offenbarung, die Kirche, das Kredo stehen heute dogmatisch wieder über allen Lebensnotwendigkeiten des nach innerer und äußerer Freiheit ringenden deutschen Volkes*“ (20). Reiner Buchstabenglaube und priesterlicher Größenwahn auch in der Kirche der deutschen Reformation haben über germanische Denkart gesiegt (21). Und wenn die Evangelische Bekenntnisgemeinschaft der Freien Stadt Danzig feststelle, dass „*der Kampf der katholischen Kirche zur Zeit ganz der gleiche ist wie der der bekennenden Kirche*“ (22), dann kann Rosenberg nur von einer unheilvollen römisch-protestantischen Allianz gegen das neue Deutschland sprechen.

Rosenberg bleibt aber nicht bei der Kritik an der Evangelischen Bekenntnisgemeinschaft in Danzig stehen, sondern er stellt fest:

„*Die Höhe jedoch erklimm der Herr Bischof Meiser in München*“

Und dabei zitiert er aus dem Amtsblatt für die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern rechts des Rheins vom 1. Oktober 1934 einen Aufruf Meisers:

„*Wir glauben an eine heilige katholische und apostolische Kirche, die Gott der Herr aus allen Völkern und Rassen beruft, und harren auf seinen Tag, an dem alle, die an Jesus Christus glauben, unter ihm als dem einigen Hirten eine Herde werden. Bis dahin aber halten wir fest am Bekenntnis unserer lutherischen Kirche, weil es aus Gottes Wort genommen und darin fest und wohl gegründet ist. Wir getrauen uns aber nicht, in der romfreien deutschen Nationalkirche selig zu werden!*“ (23)

Nach Rosenberg ist es der bayerische Landesbischof, der seine Lutherische Kirche an Rom

verrät. „Wenn heute ... ein protestantischer Bischof in Bayern Aufrufe für ‚eine katholische Kirche‘ erlässt ... dann ist das Verrat an Martin Luthers Werk ...“ (24). Dabei versteht er offenbar nicht, dass „katholisch“ sowohl im Apostolischen als auch im Nizänischen Glaubensbekenntnis verwendet wird und dass der Landesbischof sich gerade diesen Bekenntnissen verpflichtet wissen muss. Dieser Angriff Rosenbergs hat also auch mit seiner religiösen Ignoranz zu tun.

Der andere Vorwurf gegen Meiser aber lautet, er sei nicht bereit, eine „Germanisierung des Christentums“ zu akzeptieren (25).

„Romfreie deutsche Nationalkirche“ bedeutet ja konfessionelle Einheitskirche im Sinne der Deutschen Christen und des Nationalsozialismus. So sieht das auch Walter Künneth (26):

*„Im übrigen verdient folgender Sachverhalt höchste Beachtung. Als im Jahre 1934 von den Deutschen Christen immer wieder als letztes Ziel eine ‚romfreie deutsche Nationalkirche‘ propagiert wurde, in der Katholiken, Lutheraner, Reformierte und sonstige Gruppen zusammengefasst werden sollten, da erließ in kirchlicher Verantwortung der Bischof der Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern am 20.9.1934 eine Kundgebung unter der Überschrift ‚Lutherische Kirche deutscher Nation oder romfreie deutsche Nationalkirche?‘ Jedem Einsichtigen wird aus dieser Überschrift schon deutlich, um was es hier geht, nämlich darum, ob die Deutsche Evangelische Kirche eine Kirche der lutherischen Reformation sein soll oder ob sie in einer aus Katholiken und Protestanten gemischte Nationalkirche untergehen soll“.*

In dieser Kirche jedoch will Meiser nicht selig werden. Somit steht Meiser aber als Gegner eines germanischen Christentums fest, das Rosenberg und die nationalsozialistische Weltanschauung propagieren. Gegen ihn als bekennenden ‚lutherischen Bischof‘ richteten sich dann auch die weiteren Angriffe Rosenbergs. Seine Kirchenpolitik kann Rosenberg nur als „staatsfeindliche Umtriebe der Bekenntnisfront“ werten. (27).

*„Dem Exekutiv-Komitee (Anm. d.Verf.: des Lutherischen Weltkonvents) gehört Landesbischof D. Meiser an. Die lutherischen Kirchen von Österreich, Rumänien und Jugoslawien wurden der besonderen Pflege von Landesbischof D. Meiser anvertraut. Dadurch, daß diese Kirchen nur der besonderen Betreuung des bekenntnisfrontlerischen Bischofs Meiser übergeben wurden, hat die Bekenntnisfront auch Einfluß auf diese auslandsdeutschen Kirchen erlangt.... Aufmerksam verfolgt ... die konfessionelle Auslandspresse die kirchlichen Vorgänge in Deutschland und zeigt ein auffallend warmes Herz für die staatsfeindlichen Umtriebe der Bekenntnisfront.“*

## 1.6. Wolf Meyer-Erlach – Die Deutschen Christen

1932 wurde offiziell die Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ durch den Gauleiter und Führer der NSDAP im preußischen Landtag, Wilhelm Kube, ins Leben gerufen, um der Partei auch in der Kirche zuzuarbeiten. Von Preußen aus begann diese „SA Christi“ den Marsch in die deutschen Landeskirchen. Vor den Kirchenwahlen am 23. Juli 1933 fingen die Deutschen Christen auch in Bayern eine groß angelegte Werbetätigkeit an. Bei einer Massenveranstaltung in Nürnberg, bei die Pfarrer Joachim Hossenfelder und Wolf Meyer-Erlach die Hauptredner waren, kamen 20 000 Menschen zusammen. Durch die direkte Einflussnahme Hitlers und der Partei bei den Kirchenwahlen siegten die Deutschen Christen in den meisten der 28 deutschen Landeskirchen.

Nicht so in Bayern. Hier konnten sie nur eine sehr eingeschränkte Rolle spielen unter der

intakt gebliebenen Kirchenleitung mit Landesbischof D. Hans Meiser. Im Zusammenhang mit dem Skandal im Berliner Sportpalast (November 1933) lösten sie sich in Bayern sogar auf. Nach ihrer Neuorganisation im Herbst 1934 bereiteten sie aber der Bayerischen Landeskirche zwei Jahre lang enorme Schwierigkeiten **(28)**.

Dr. Wolfgang (Wolf) Meyer-Erlach hatte sich schon vor 1933 den Deutschen Christen angeschlossen und wurde deren Leiter in Mittel- und Unterfranken, später auch für Bayern. Er unterstellte die Deutschen Christen zunächst dem Landesbischof, wurde dann aber immer radikaler, verließ seine Pfarrstelle in Heidingsfeld und übernahm den Lehrstuhl für Praktische Theologie an der Universität Jena. Von Thüringen aus agierte er nun gegen Meiser. Er versuchte, die bayerischen Pfarrer gegen ihren Bischof aufzuhetzen und sie zur Lösung ihres Treueides gegen Meiser zu bewegen. Mit Reichsbischof Müller beriet er auf dem Höhepunkt des Kirchenkampfes (Herbst 1934) über die Absetzung des bayerischen Landesbischofs.

Für Meyer-Erlach wie für die bayerischen Deutschen Christen war Landesbischof D. Hans Meiser zur Reizperson geworden.

Ein Höhepunkt des Kampfes gegen Meiser war die Herausgabe der Schrift „*Kirche oder Sekte*“ im Mai 1934 **(29)**. In dieser Schrift erhebt Meyer-Erlach Anklage gegen Landesbischof Meiser im Namen der Kirchenbewegung Deutscher Christen in Thüringen, im Namen der von der kirchlichen Reaktion vergewaltigten Pfarrer und des irregeleiteten Kirchenvolkes, im Namen der Wahrhaftigkeit vor Gott, vor der evangelisch-lutherischen Landeskirche Bayerns, vor der evangelischen Reichskirche

„ ... wegen theologischer Irreführung, wegen des Missbrauchs von Bibel und Bekenntnis, wegen Irreleitung des bekenntnis- und kirchentreuen lutherischen Kirchenvolkes ... .“ **(30)**

„Weil unter Ihrer Leitung die evangelische Kirche in Deutschland zur Sekte oder zum Irrenhaus zu verkümmern droht.“ **(31)**

Konkret wirft er Meiser vor, vom lutherischen Bekenntnis abgefallen zu sein und sich mit „*der reformierten Renitenz im Rheinland*“ verbündet zu haben. Er habe sich zum „*Fürspann der Bekenntnisbewegung im reformierten Rheinland*“ **(32)** gemacht, die die Kirche zu einer theokratischen Macht über den Staat erheben will. Nach Luther sei zwar die Lehre Sache der Kirche, ihre organisatorischen Fragen und Ordnungen seien aber eine Aufgabe des Staates. Durch das Zusammengehen mit der reformierten Bekenntnisbewegung verrate Meiser diese lutherische Grunderkenntnis.

Auch sei die lutherische Kirche durch Meiser „*zur Fremdenlegion der dialektischen Theologie herabgesunken*“ **(33)**. Und wenn Meiser die Auffassung der Deutschen Christen verwerfe, dass Gott sich auch in der Geschichte des deutschen Volkes offenbare, in der nationalen Erhebung und der nationalsozialistischen Revolution, dann verwerfe er auch die gesamte *revelatio naturalis*, die natürliche Offenbarung der Bibel. Hier breche der Satan in die Theologie ein!

Wenn Meiser das Wort *artgemäßes Christentum* unerträglich finde, dann übersehe er, dass das Luthertum sich eben wegen seiner tiefen Verwandtschaft mit dem germanischen Geist fast nur in germanischen Ländern ausbreitete. Wer aber gegen ein *Deutsches Christentum* kämpft, wie Meiser, der hat das Vertrauen von Millionen Menschen verloren. „*Ihr Kampf gegen die Deutschen Christen, Ihr Kampf gegen die Reichskirche ist unwahrhaftig. So geht es nicht, Herr Landesbischof!*“ **(34)**

Meyer-Erlach beendet seine Kampfschrift mit der Feststellung, dass dem, den Gott frei gemacht hat zum Dienst und Kampf am deutschen Volk, ein reaktionärer Bischof verbieten mag, soviel er will. Er ist frei **(35)**. 1941 kann er nur noch davon sprechen, dass die bayerische Landeskirche eine „*Satanskirche*“ und Meiser der „*Antichrist*“ ist **(36)**.

Landesbischof D. Hans Meiser steht wohl damals schon zwischen allen Fronten: Die Deutschen Christen werfen ihm Verrat des Luthertums an die reformierte

Bekenntnisbewegung vor und aus der Bekenntnisbewegung kommt der Vorwurf, er sprengte die Bekenntnisgemeinschaft der lutherischen und der reformierten Kirchen (37).

## Resümee

Die Nationalsozialisten können grundlegende Einstellungen Landesbischof D. Hans Meisers nicht akzeptieren, nämlich dass er

- eine staatlich dominierte Reichskirche unter Reichsbischof Müller ablehnt,
- sich ihrer Judenfeindschaft nicht anschließt,
- am Alten Testament als einer Grundlage christlichen Glaubens festhält und
- ein „*artgemäßes deutsches Christentum*“ als unbiblisch bezeichnet.

Vor allem wegen seiner Judenfreundschaft und der Verteidigung des Alten Testaments wird er sogar als Staatsfeind und als Volksverräter gebrandmarkt. Dabei beziehen sich die Nationalsozialisten vor allem auf Meisers Artikel im Nürnberger Gemeindeblatt von 1926 (38) sowie auf seine Korrespondenz mit dem Reichsfinanzhof in München (39).

Meiser – eine herausragende Reiz- und Feindperson für das Naziregime! („*Fränkische Tageszeitung*“ vom 15. September 1934: „**Fort mit Landesbischof D. Meiser!**“)

## 2. Die Demokraten und Meiser

### 2.1. Die Landessynode 1998 und ihre Folgen

Nun liegt aber eine beachtliche Paradoxie darin, dass eben diese von den Nazis als judenfreundlich angegriffenen Texte nach 1945 von demokratischen(!) Gegnern Meisers als antisemitische Aussagen gelesen und verworfen werden. Mit ihnen aber auch die Person Meiser selbst.

Bis 1998 stand der erste Landesbischof der Evang.-Luth. Landeskirche in Bayern, D. Hans Meiser, unangefochten in der kirchlichen (40), jüdischen (41) und allgemeinen Öffentlichkeit (42) (in Nürnberg, München, Ansbach, Bayreuth, Weiden, Pfaffenhofen und Pullach wurden Straßen nach ihm benannt). Hoch geschätzt in den Gemeinden und in der Pfarrerschaft, galt er als furchtloser Gegner des Nationalsozialismus, der im Herbst 1934 erfolgreich seine Kirche vor der gewaltsamen Eingliederung in die staatshörige Einheitskirche bewahrt und sie durch die Naziherrschaft hindurchgeführt hat.

Doch ab 1998 trat ein deutlicher Wandel in der Beurteilung Meisers ein.

#### 2.1.1. Die Nürnberger Landessynode 1998

Auf der Herbstsynode im Jahre 1998 in Nürnberg wurde eingehend über das Thema „Juden und Christen“ diskutiert. Die Vorlagen, die der damalige Dekan von Nürnberg Dr. Johannes Friedrich und sein Arbeitskreis erarbeitet hatten, mündeten in der Erklärung der Synode „Christen und Juden“. In dieser Erklärung bekannte sich die Evang.-Luth. Kirche zu ihrer Mitschuld „*an der Verfolgung und Vernichtung von Kindern, Frauen und Männern jüdischen Glaubens*“ im NS-Staat. Obwohl der Name Meiser in dieser Erklärung nicht genannt wurde, geriet der frühere Landesbischof doch sofort in den Fokus von zahlreichen Kritikern: Da Meiser von 1933-1955 an der Spitze dieser Kirche stand, musste er als mitschuldig gelten.

#### 2.1.2. Reaktionen auf die Erklärung der Landessynode 1998

In seinen Berichten über die Landessynode im November 1998 in Nürnberg (43) hat der Journalist **Hans Holzhaider** (Süddeutsche Zeitung) unmittelbar diese Verbindung zwischen der Schuld-Erklärung der Synode und Landesbischof Meiser hergestellt. Dazu diente auch

ihm (wie seinerzeit den Nazis) der Aufsatz Meisers aus dem Jahre 1926. Damals war Meiser Leiter des Predigerseminars in Nürnberg. Ohne die Zusammenhänge zu berücksichtigen, in denen dieser Text entstanden ist (als Streitschrift gegen die Judenhetze der Nazis in Nürnberg!) (44)), kennzeichnete Holzhaider einzelne Sätze Meisers als „*entsetzliche antisemitische Ausfälle*“. Sein Urteil über Meiser als einem antisemitischen, rassistischen und regimehörigen Landesbischof wurde von Meisergegnern begierig aufgenommen. Hier wurde Landesbischof D. Hans Meiser erstmals zur öffentlichen Reizperson. Die Anschuldigungen Holzhaiders führten zu einer Welle von Leserbriefen an die Zeitungen. Sie brachten aber auch sogleich die **Fraktion der Grünen im Münchner Stadtrat** in Position. Diese beantragte die Entnennung der Meiserstraße in München und auch sie begründete ihren Antrag vor allem mit den angeblich antisemitischen Äußerungen Meisers von 1926. Aber noch entsprach der Münchner Stadtrat dem deutlichen Einspruch der Evang.-Luth. Landeskirche. Der Ältestenrat lehnte 1999 den Antrag der Grünen ab. Zu dieser Entscheidung hat wesentlich beigetragen die Stellungnahme des Oberkirchenrates Dr. Martin Bogdahn (45) sowie des Direktors des Münchner Stadtarchivs Hans-Joachim Hecker (46)

## 2.2. Die Vorgänge im Zusammenhang mit Nürnberg

### 2.2.1. Meiser – Stein des Anstoßes für Nürnberg

Ganz in der Tendenz der Synodenerklärung von 1998 beschloss die Kirchenleitung im Jahre 2006 die Rolle Meisers in seiner Amtszeit einer kritischen Betrachtung zu unterziehen.

Dazu sollte ein Sammelband mit Aufsätzen verschiedener historischer Fachleute mit dem Titel „Hans Meiser (1881-1956) - Ein lutherischer Bischof im Wandel der politischen Systeme“ (Hg. Gerhard Herold/Carsten Nicolaisen, München 2006) dienen. Anders als nach dem Vorwort beabsichtigt, hat dieser Band dazu beigetragen, die Vorwürfe und Schuldzuweisungen, die bisher schon gegen Meiser vorhanden waren, zu fixieren.

Als passende Gelegenheit zu weiterem „Meiser-Gedenken“ bot sich das Jahr 2006 an, weil hier sowohl der 50. Todestag Meisers als auch sein 125. Geburtstag zusammentrafen. Geplant war ein entsprechender Gedenkgottesdienst am 8. Juni in der Johanniskirche. Aber dazu kam es nicht. Landesbischof Friedrich sagte diesen Gottesdienst schließlich ab. (Dafür wurde ein Kommentargottesdienst in St. Lorenz gefeiert mit dem Thema: „Der Bischof und die Juden. Schuld bekennen und Konsequenzen ziehen“). Was waren die Gründe für diese Absage?

Die Nürnberger Ausgabe der Abendzeitung vom 4./5. März 2006 protestierte gegen das kirchliche Vorhaben mit dem reißerischen Aufmacher „*Skandal, Kirche feiert Nazi-Bischof*“. Einen Tag später meldete sich in diesem Blatt der ehemalige Pfarrer **Dieter Potzelt** zu Wort, der heute der Sekte „Universelles Leben“ in Würzburg angehört, mit unglaublich hetzerischen Behauptungen gegen Landesbischof Meiser.

Auch der Vorsitzende des Grundfragenausschusses der Landessynode, Professor **Dr. Wolfgang Stegemann** kennzeichnete Meiser in einer E-Mail an Bischof Friedrich als geradezu verwerflich. Ob „Gedenk-Gottesdienst“ oder „Bedenk-Gottesdienst“, eine kirchliche Feier für Landesbischof Meiser sollte unterbleiben, so seine Forderung.

Zu dieser Atmosphäre trug zugleich aber auch wesentlich der SPD-Stadtrat und Vorsitzende der Israelitischen Kultusgemeinde in Nürnberg **Arno Hamburger** bei. Am 4. April 2006 schrieb er an Landesbischof Friedrich in dem öffentlich gewordenen Brief:

*„... Ich behaupte, dass Hans Meiser wie Julius Streicher schon in den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts mit seinen Äußerungen, mit Lügen und Verleumdungen über uns Juden den geistigen Grundstein dafür gelegt hat, dass Millionen meiner Glaubensschwester und –Brüder ermordet wurden. Er trägt, wie Streicher, mit die moralische Verantwortung dafür ... Und solch einem Mann widmet die evangelisch-lutherische Kirche in Bayern ein ‚Gedenkjahr‘ ... Kann man an einen Mann ‚würdig denken‘, der Mitverursacher millionenfachen Mordes ist?“*

Mit diesen Worten ist Meiser für Hamburger nicht mehr nur eine Reiz- sondern eine einmalige Hassperson, deren Name von den Straßenschildern verschwinden muss.

Wo bleibt eine strikte Zurückweisung solcher Anschuldigungen? Wer wahrt die postmortale Würde des ersten Landesbischofs unserer Kirche? Landesbischof Friedrich jedenfalls nicht. In seinem Rechenschaftsbericht vor der Synode (47) zeigt er sich „tief berührt“ von den Empfindungen Hamburgers und damit wohl auch tief betroffen von dessen Worten – nicht aber von der maßlosen Verunglimpfung seines Amtvorgängers durch Hamburger.

Das **Bündnis 90/Die Grünen** im Nürnberger Stadtrat stellte nun ebenfalls eine Liste von schweren Anschuldigungen gegen Meiser zusammen und verband damit am 10. Mai 2006 den Antrag, das Stadtarchiv solle Verdienste und Versagen Meisers untersuchen und abwägen, „*ob es gerechtfertigt ist, dass Straßen und Plätze nach ihm benannt sind.*“ (48)

So begann also in Nürnberg eine regelrechte Rufmordkampagne, die bis zum heutigen Tag an anderen Orten immer wieder aufflammt (zuletzt 2012/2013 in Ansbach).

Im Bericht vor der Landessynode am 27. November 2006 (49) nahm **Landesbischof Friedrich** Bezug auf diese Vorgänge um den gescheiterten „Gedenkgottesdienst“: Obwohl der Vorsitzende der Israelitischen Kultusgemeinde, Arno Hamburger „*ausdrücklich den von mir geplanten ,Gottesdienst, in der Form, wie ich ihn geplant hatte, begrüßte,* fand er nicht statt. „*Der Grund liegt weniger im öffentlichen Druck. ... Der Grund, den geplanten Gottesdienst abzusagen, lag vielmehr darin, dass in Nürnberg die geistliche Atmosphäre für einen solchen Gottesdienst irgendwann nicht mehr gegeben war.*“ (50)

### 2.2.2. Entnennung in der Augustana-Hochschule

Der Druck gegen Meiser war zwar in der Nürnberger Öffentlichkeit virulent geworden, er verstärkte sich aber noch in der Kirche selbst.

Die **Augustana-Hochschule in Neuendettelsau** hielt bis zum Jahre 2006 die Erinnerung an Landesbischof D. Hans Meiser hoch. Er hatte diese Theologenausbildungsstätte nach 1945 als ein Symbol kirchlicher Selbständigkeit im neuen Staate gegründet. Im Zusammenhang mit den Vorgängen in Nürnberg aber – und sicher inspiriert durch den eigenen Professor für Neues Testament Wolfgang **Stegemann** – hatte sich eine vom Senat gebildete „Forschergruppe“ mit der nun umstrittenen Person des ehemaligen Landesbischofs beschäftigt. Das Ergebnis dieser Arbeitsgruppe lag dann am 14. Juli 2006 als Erklärung des Rektors der Augustana-Hochschule vor:

*„Der Senat der Augustana-Hochschule beschließt, den Namen des bisherigen Meiserhauses zukünftig nicht mehr zu verwenden. ... Die Entscheidung fiel bei einer Enthaltung einstimmig. Den Ausschlag dazu gaben Hans Meisers schwerwiegende, explizit nicht revidierte antisemitische Äußerungen von 1926. Sie lassen es – auch bei Würdigung der Verdienste dieses Bischofs – nach ganz überwiegender Meinung des Senates nicht mehr zu, eine Wohn- und Studienstätte künftiger evangelischer Theologinnen und Theologen nach seinem Namen zu benennen.“* (51)

Meiser – als Reizperson gleichsam im eigenen Hause. In psychologischer Diktion spricht man in solchen Zusammenhängen von „Vatermord“. Die Landeskirche, als Träger der Augustana-Hochschule hat diese Entscheidung des Senats, ohne Widerspruch einzulegen, hingenommen (Friedrich: „*Die Augustana in Neuendettelsau ist eine unabhängige Hochschule, wo die zuständigen Gremien meinten, so entscheiden zu müssen*“).

### 2.2.3. Weiteres Vorgehen der Stadt Nürnberg

Angesichts dieser Entwicklung in der Auseinandersetzung um Landesbischof Meiser kam es

zwischen dem Nürnberger Regionalbischof **Stefan Ark Nitsche**, dem Oberbürgermeister **Ulrich Maly** und dem Vorsitzenden der Israelitische Kultusgemeinde **Arno Hamburger** zu der Vereinbarung, ein vom Stadtrat beauftragter unabhängiger historischer Gutachter solle die Berechtigung einer Straßenumbenennung prüfen (52).

Als ausgewiesener Politologe und Zeithistoriker legte der ehemalige **Rektor der Universität Erlangen, Prof. Dr. Gotthard Jasper**, am 10. Juli 2006 sein Gutachten vor (53). Lediglich zwei Monate hatte er Zeit gehabt für diesen umfangreichen Forschungsauftrag(!). Das Ergebnis war nicht eindeutig: Einerseits lobte er Meisers Wirken in hohem Maße und lehnte eine Umbenennung der Bischof-Meiser-Straße ab, andererseits kam er zu dem Schluss, dass heute niemand mehr eine Straße nach ihm benennen würde. (Woher er das wohl wusste? Eine Leserumfrage in Nürnberg hatte jedenfalls ergeben, dass 91 Prozent der Bewohner Nürnbergs gegen eine Umbenennung waren). Jasper empfahl also: Keine Entnennung der Bischof-Meiser-Straße.

Dem Ergebnis des Gutachtens von Jasper schloss sich am 13. Juli 2006 auch der **evangelische Dekanatsausschuss Nürnberg** an: *„Wir empfehlen ...dem Rat der Stadt Nürnberg, die ‚Bischof-Meiser-Straße‘ nicht umzubenennen.“* Der Dekanatsausschuss betonte aber auch, dass es nötig sei, ergänzend dazu Anstöße für eine Auseinandersetzung mit unserer Geschichte zu geben. (54)

#### 2.2.4. Gegnerschaft aus dem Raum der Kirche

Diesen Urteilen wäre der Nürnberger Stadtrat wohl gefolgt, wenn sich nicht die kirchlichen Protagonisten einer Entnennung, der Neuendettelsauer Neutestamentler Prof. **Dr. Wolfgang Stegemann** und der Erlanger Kirchenhistoriker Prof. **Dr. Berndt Hamm**, mit einer vehementen Verurteilung Meisers eingeschaltet hätten. Stegemann mit dem Aufsatz *„Gedenkjahr für Meiser gescheitert. Persönliche Erfahrungen mit der Erinnerungskultur“* (55). Gipfel dieses Textes ist der Satz, Meiser sei ein „Schandfleck“ für die Kirche, Dieser Aufsatz wurde bald auch in einer israelischen Zeitschrift veröffentlicht und erregte im Ausland ebenso großes Aufsehen wie hierzulande. Dass Amerika später auch Druck auf die Stadt München ausübte, hängt wohl mit diesem Aufsatz zusammen. (61), S.83 Hamm schrieb am 25.07.2006 einen offenen Brief zum Gutachten seines Historiker-Kollegen Gotthard Jasper (56), mit eindeutig negativer Tendenz. Mit seinen fast ausschließlich Meiser-feindlichen Argumenten marginalisierte er geradezu Jaspers Gutachten.

Meiser – die Reizperson. Ein Mehr an Schuld, wie durch Hamm behauptet, lässt sich wohl auf den „Sündenbock“ Meiser nicht laden!

#### 2.2.5. Manipulation einer Synode

Doch **Stegemann** insistierte weiter. Der Vorsitzende des Grundfragenausschusses nutzte auf der Synode am 27. November 2006 in Rummelsberg bei der Aussprache zum Bericht des Landesbischofs die Gelegenheit, sich erneut als Meisergegner zu profilieren. Trotz des Einwandes der Synodenpräsidentin, dies sei kein offizielles Thema der Synode, setzte er zu einer umfangreichen Philippika gegen Landesbischof Meiser an (57).

Die Wiedergabe seiner Vorwürfe sowie eine Gegendarstellung finden sich im Buch von Hans Christian Meiser (58).

Ähnlich wie in den oben dargestellten Äußerungen entbehrte auch diese Aneinanderreihung von Anschuldigungen gegen Meiser jeglicher Begründung. Und sie gipfelte (nun also auch kirchlicherseits) in der Feststellung, *„dass ich als Theologe, als Mensch, der für die Menschenrechte eintritt, nicht dafür sein kann, dass der Name eines Rassisten auf einer Straße steht“*. Das Synodenprotokoll spricht hier von „Beifall“, nicht aber von irgendwelchen Ergänzungen, Protesten oder etwaigen Richtigstellungen. Der Redebeitrag von Stegemann

blieb also völlig unkommentiert. Damit gilt er wohl auch als Meinung der Synode! Meiser der Rassist.

Dieser Rundumschlag von Stegemann und Hamm gegen Meiser geschah ohne die jeweiligen historischen Zusammenhänge zu berücksichtigen: Warum hat er so und nicht anders gehandelt? Welches waren seine Motive? Welche alternativen Handlungsmöglichkeiten bestanden für ihn? Welche Einsichten waren ihm möglich?

Das Fehlen dieser Form von Empathie und Sorgfalt ist kennzeichnend für die gesamte Meiserdiskussion!

Der Einspruch Hamms hatte unmittelbare Folgen: Nachdem Hamm Jasper auch noch mit Meisers Streitschrift gegen den Reichsfinanzhof (59) konfrontiert hatte, war Jasper bereit, der Entnennung der Bischof-Meiser-Straße durch den Nürnberger Stadtrat zuzustimmen (60).

Auf dieser Synode in Rummelsberg fiel in der Aussprache zum Bericht des Landesbischofs noch ein Satz, der besondere Beachtung verdient. Im Zusammenhang mit der Absage des Gedenkgottesdienstes für Landesbischof Meiser (siehe 2.2.1.) berichtete der Nürnberger **Stadtdekan Michael Bammessel** über Beratungen des Vorbereitungskreises für diesen Gottesdienst und stellte fest: „... es war in dieser Runde klar, dass auf dem Leben Hans Meisers tiefe Schuld lastet.“ Worin diese „tiefe Schuld“ besteht, sagte er allerdings nicht. So kurz diese Aussage ist, so kennzeichnend ist sie doch für den gesamten Ablauf der Verurteilung Meisers und für die Grund-Überzeugung ihrer Protagonisten. Es ist der Schlüsselsatz!

## 2.2.6. Die Nürnberger Fachtagung

In den folgenden Monaten eskalierte der Streit um Meiser. Die rot-grüne Koalition im Stadtparlament verlangte vehement die Umbenennung der Bischof-Meiser-Straße. Unterstützt wurde sie von verschiedenen antiklerikalen Vereinigungen und den beiden Tageszeitungen. In dieser unwürdigen medialen Diskussion und Hetze fanden sich nur wenige, die Meiser verteidigen wollten (61). Und die Kirchenleitung schwieg zu diesen Vorgängen.

Um endgültige Klarheit zur Beurteilung Meisers zu bekommen, wurde am 20. Januar 2007 eine von Stadt und Dekanat als „Fachtagung“ angekündigte eintägige(!) Veranstaltung in der Ohm-Fachhochschule durchgeführt. Thema der Tagung: „Bischof Meiser aus der Sicht der heutigen Gedenkkultur“.

Der Münchner Kirchenhistoriker Prof. **Dr. Carsten Nicolaisen**, der Historiker des Dokumentationszentrums Reichsparteitagsgelände **Dr. Eckart Dietzfelbinger**, der Jenaer Politologe Prof. **Dr. Norbert Frei**, sowie der Göttinger Prof. für Systematische Theologie und Ethik **Dr. Reiner Anselm** waren als Referenten eingeladen worden. Auch sie entwarfen ein weitgehend negatives Bild von Meiser. In der Frage, wie die Stadt Nürnberg heute angemessen mit ihrer Geschichte umgehen sollte, war lediglich Anselm der Meinung, dass eine Umbenennung der Bischof-Meiser-Straße das falsche Zeichen sei.

Das entscheidende Ergebnis dieser Tagung führte aber der Nürnberger Regionalbischof **Dr. Stefan Ark Nitsche** herbei. Er stellte vor dem erstaunten Publikum fest, dass „die evangelische Kirche eine kommentierte Umbenennung der Bischof-Meiser-Straße akzeptieren wird.“ Das war zwar ein Alleingang des Nürnberger Regionalbischofs, der wurde aber abgesegnet durch den Dekanatsausschuss in seiner Sitzung am 23. Januar 2007: „... können wir eine Umbenennung akzeptieren. Von einer Kommentierung der Umbenennung raten wir ab.“

Eine Woche nach dieser Veranstaltung stimmte dann der Nürnberger Stadtrat für die Beseitigung der Namensschilder in der Bischof-Meiser-Straße (mit großer Mehrheit gegen vier Stimmen, auch der Stimmen der CSU nach Absprache mit ihrem Bezirksvorsitzenden und künftigen Ministerpräsidenten Dr. Günther Beckstein!). Seitdem ist sie wieder Teil der

Spitalgasse. Eine Kennzeichnung „vormals Bischof-Meiser-Straße“, wie manche gefordert hatten, fand nicht statt.

„Fort mit Meiser“, so lautete 1934 die Forderung der Nationalsozialisten in Nürnberg. Sie hatten damals keinen Erfolg, weil das Kirchenvolk seinen Bischof nicht preisgab. Was in der Diktatur nicht möglich war, wurde aber mit leichter Hand in der Demokratie des Jahres 2006 realisiert: Der bayerische Landesbischof ist aus dem öffentlichen Gedächtnis in Nürnberg eliminiert worden – und seine Kirche hat das hingenommen.

### 2.2.7. Die Reaktion der Kirchenleitung

**Landesbischof Dr. Johannes Friedrich** unterließ jeden Protest gegen die Umbenennung. Im Gegenteil. Bereits auf der Synode am 27. November 2006 in Rummelsberg stellte er fest: „... weil wir als Kirche für Straßenbenennungen nicht zuständig sind. Das ist eine ausschließliche Angelegenheit des Nürnberger Stadtrats. Es ist schließlich nicht unsere Straße. ... Ich werde mich zur Straßenbenennung nicht äußern“ (62)

Und in einer ausführlichen Stellungnahme im „Sonntagsblatt“ vom 4. Februar 2007 (63) nannte er die Entnennung eine legitime Entscheidung des Stadtrates. „Nach meinem Verständnis der Zwei-Reiche-Lehre Martin Luthers hat sich die Kirche aus Entscheidungen wie der Benennung von Straßen herauszuhalten. Die sind Sache der Kommune und nicht der Gemeinde“. ...“Der Nürnberger Stadtrat hat offensichtlich gemeint, dass unter solchen Umständen (auch nach Friedrichs Überzeugung sind das die antijüdische Haltung Meisers, sein offizielles Schweigen über die Judenverfolgung und die Tötung Behinderter) in der ‚Stadt der Menschenrechte‘ eine Straße den Namen Bischof Meisers nicht tragen sollte“... „Wir müssen dann eine solche Entscheidung des Stadtrates, sofern sie nicht politisch, sondern eine Gewissensentscheidung seiner Mitglieder ist, akzeptieren.“...“Fälschlicherweise wurde dies als Zustimmung zur Umbenennung ausgelegt. Genau das war es aber nicht“ ... “Ich verstehe all die unter Ihnen, die sich über diese Entscheidung ärgern, weil sie meinen, dass sie einer Unwerterklärung Hans Meisers gleichkomme. Es ist in der Debatte aber klar festgestellt worden, dass dies nicht beabsichtigt war.“

Diese Einstellung Friedrichs stieß auf breite Kritik:

- Nach Friedrichs Verständnis der Zwei-Reiche-Lehre müsste sich die Kirche aus jedem öffentlichen Disput heraushalten. Tatsächlich versteht sie sich aber sehr oft als Wächter über politische Entscheidungen und mischt sich in das Tagesgeschehen ein. Warum nicht, wenn es um die Ehre ihres Alt-Landesbischofs geht? (64)
- Wenn Fraktionszwang herrscht, schließt das Gewissensentscheidungen aus.
- Deshalb war die Entscheidung des Nürnberger Stadtrates eben doch der „Political Correctness“ geschuldet. Die Entnennung diente dem Stadtrat tatsächlich dazu, „das einstige Image als ‚Stadt der Reichsparteitage‘ abzustreifen und zu einer ‚Stadt der Menschenrechte‘ zu werden“ (auch Zitat Friedrich) – zu Lasten Meisers.
- Zwischen einer Akzeptierung und einer Zustimmung („Fälschlicherweise wurde dies als Zustimmung zur Umbenennung ausgelegt“) ergibt sich in diesem Zusammenhang kein Unterschied.
- Es liegt auf der Hand, dass – entgegen der Behauptung Friedrichs – die Entnennung eine Unwerterklärung Meisers darstellt.

Friedrichs Verständnis für die Entnennung durch den Nürnberger Stadtrat resultiert aus seiner offenbar tiefen Überzeugung, dass Meisers Äußerungen – es geht vor allem um den Text von 1926 – geeignet waren, das Unrecht gegenüber den Juden zu legitimieren. So sprach er immer wieder von den „unsäglichen Worten Meisers“ (65) oder dass Meiser „eine schreckliche antijüdische Haltung“ (66) während des Dritten Reiches gezeigt habe. Der Versuch, den Text

von 1926 aus seiner Zeit heraus und in seiner eigentlichen Intention zu verstehen, wurde nicht in Angriff genommen, Den unternahm erst Prof. **Dr. Lukas Bormann** 2009, und der zeigte ganz andere Ergebnisse als die bisher unkritisch tradierten. (67).

## 2.3. Die Entwicklung in München

### 2.3.1. Widersprüchliche Stellungnahmen

So war zwar die Entnennung/Umbenennung der Bischof-Meiser-Straße in Nürnberg erledigt, doch nicht die Diskussion über den ehemaligen bayerischen Landesbischof D. Hans Meiser. Allerdings verlagerte sich die Auseinandersetzung um Meiser von Nürnberg nach München. „*Es ist abzusehen, dass eine Umbenennung der Meierstraße im Ältestenrat der Stadt diskutiert wird*“, erklärte Oberbürgermeister Christian Ude schon Ende Januar 2007 der Abendzeitung.

Auf diese Vermutung hin stellte die Leiterin des Landeskirchenamtes, **Oberkirchenrätin Dr. Karla Sichelschmidt** in der Presseerklärung vom 25.01.2007 fest:

*„ ... Unzweifelhaft hat Hans Meiser Äußerungen zum Judentum getan, die auf das Schärfste zu kritisieren sind. ... In der Gesamtbetrachtung sollte aber auch daran erinnert werden, dass Landesbischof Meiser 1934 von den Nationalsozialisten unter Hausarrest gestellt wurde, weil diese sich durch seine Äußerungen kritisiert fühlten. Dies geschah in seiner Wohnung im heutigen Landeskirchenamt in der Meiserstraße. Dagegen erhoben sich Proteste und evangelische Christen aus ganz Bayern kamen nach München, wo sie dem Landesbischof in der heutigen Meiserstraße ihre Solidarität zum Ausdruck brachten. Aus diesem Grunde halte ich es für berechtigt, den Straßennamen ‚Meiserstraße‘ beizubehalten, um die Erinnerung an diesen historischen Ort zu bewahren. Gern wird das Landeskirchenamt sich an Projekten der Erinnerungskultur in der Maxvorstadt beteiligen und beispielsweise durch Hinweisschilder auf das Wirken von Bischof Meiser in seinen unterschiedlichen Dimensionen hinweisen.“*

Hinter diese Argumentationslinie stellte sich auch der Landeskirchenrat in seiner Sitzung vom 12.-14. Februar 2007 (nicht ohne die Verurteilung Meisers zu bekräftigen).

Nachdem ihr Antrag auf Entnennung der Meiserstraße 1999 gescheitert war, wurden **Die Grünen-Rosa Liste** tatsächlich jetzt wieder im Münchner Stadtrat aktiv und forderten nach einer Presseerklärung am 30. Januar 2007 erneut die Umbenennung:

*„... Nach der Entscheidung des Nürnberger Stadtrats, die Bischof-Meiser-Straße umzubenennen und im Licht der dort gewonnenen neuen Erkenntnisse über die historische Rolle von Hans Meiser halten wir es für geboten, dass auch der Münchner Stadtrat sich erneut mit dieser Frage befasst. Für die Grünen ist es klar: Wir sind dafür, die Meiserstraße umzubenennen, denn die Begründung für die Vergabe des Straßennamens, nämlich ‚die furchtlose Gegnerschaft zum Nationalsozialismus‘ ist längst nicht mehr haltbar. Meisers antijüdische Äußerungen lassen ihn als Namensgeber für eine Straße in München denkbar ungeeignet erscheinen.“*

Jetzt, offenbar von der Forderung der Grünen beeindruckt, schrieb Frau **Sichelschmidt** für die Landeskirche am 1. Februar 2007 einen Brief an Oberbürgermeister Ude. Neben anderen standen da zwei für die weitere Diskussion entscheidende Sätze:

*„ ... Ganz ohne Zweifel hat Meiser Äußerungen zum Judentum getan, die wir nur bedauern, zurückweisen und ganz klar als unvereinbar mit dem Evangelium ansehen können.*

*... Wir akzeptieren daher die Entscheidungen der kommunalen Entscheidungsorgane, die sich zum Beispiel in Ansbach für eine Beibehaltung des Namens aussprachen und*

*in Nürnberg für eine Umbenennung votierten.“*

Sowohl die Verurteilung Meisers – wie in Nürnberg – als auch der „vorauslaufende Gehorsam“ der Kirche gegenüber dem Stadtr Regiment sind also kennzeichnend für den Beginn der Diskussion in München.

Wieder anders äußerte sich die **Dekanatssynode** des Evang.-Luth. Dekanatsbezirks München zur möglichen Umbenennung der Meiserstraße in einer Stellungnahme vom 13. März 2007: Nach der schon seit Nürnberg üblichen kritischen Beurteilung und expliziten Verurteilung des Wirkens Meisers („eine Namensgebung wäre heute nicht mehr akzeptabel“), empfahl man dem Stadtrat, die Meiserstraße nicht umzubenennen. Als wesentliche Begründung wurde lediglich der Erhalt der Erinnerungskultur genannt.

Welch harmloses Votum angesichts einer ideologisch fixierten Mehrheit im Stadtrat! Ein Votum, das dann auch schnell in Akzeptanz umkippte. Nach der Entnennung der Meiserstraße durch den Münchner Stadtrat gab die Vorsitzende der Dekanatssynode, Stadtdekanin Barbara Kittelberger, die entsprechende Meinungsänderung der Dekanatssynode bekannt: Am 29. November 2007 auf der Synode in Bamberg stellte sie fest: „ ... wir bedauern natürlich den Beschluss der Umbenennung, aber wir respektieren als Bürger dieser Stadt und in dieser Stadtgesellschaft lebend diese politische Entscheidung. ...“

### 2.3.2. Einspruch des Landeskirchenrates /Landesbischofs

Nachdem der Stadtrat den Kommunalausschuss beauftragt hatte, einen Antrag auf Umbenennung der Meiserstraße auszuarbeiten, wurde endlich auch **Landesbischof Friedrich** aktiv. In einem persönlichen Schreiben vom 21. Mai 2007 wandte er sich an die einzelnen Stadträte. Entsprechend dem Beschluss des Landeskirchenrates vom 14. Mai 2007 schrieb er:

*„... Nach wie vor sind wir der festen Überzeugung, dass die Meiserstraße in München ihren Namen behalten sollte. ... In diesem Sinne plädieren wir nachdrücklich für die Beibehaltung des Namens Meiserstraße.“*

Die Forderung nach Beibehaltung des Straßennamens begründet er weniger mit der Integrität Meisers („... sind von ihm Äußerungen überliefert, die wir nicht anders denn als judenfeindlich bezeichnen können und die scharf zu verurteilen sind.“) als damit, dass die Grundsätze, nach denen die Stadt Straßenumbenennungen vornimmt, keinesfalls auf Meiser zutreffen. Außerdem seien seit dem Gutachten des Stadtarchivs von 1999 (siehe oben) keine neuen Gesichtspunkte oder Erkenntnisse aufgetaucht, die für eine Umbenennung sprechen würden. Und schließlich habe ja der Stadtrat von 1956 mit Oberbürgermeister Wimmer Meiser ausdrücklich der Ehre einer Straßenbenennung für würdig gehalten. Eine heutige Entnennung wäre demnach ein Absprechen jeder Würde und Ehre. Die Umbenennung wäre schließlich auch die Vorwegnahme eines letzten Urteils. Heute sei man aber aufgerufen, sich mit Menschen und Geschichte wahrhaftig auseinander zu setzen, statt sie auszuradieren. Schließlich bot der Bischof an, am historischen Ort Erinnerungsarbeit zu leisten. (68)

### 2.3.3. Protest Münchner Protestanten

Es war vorauszusehen, dass derartige kirchliche „Empfehlungen“ und „Plädoyers“ einen ideologisch und politisch fixierten Stadtrat nicht würden beeinflussen können, zumal man selbst keine Gelegenheit ausgelassen hat, um auf die (angeblichen) Verfehlungen Meisers hinzuweisen. Andererseits konnte sich weder die Kirchenleitung noch das Dekanat München dazu verstehen, die Gemeinden in die Umbenennungs-Diskussion einzubeziehen. Trotzdem gab es vor der für den 18. Juli geplanten Stadtratsitzung zur Causa Meiser beachtlichen Widerstand durch zahlreiche Einzelpersonen wie durch Aktionsgruppen. So wandte sich der Kirchenvorstand der **Christusgemeinde Neuhausen** mit einem Protestschreiben an OB Ude.

Die Gemeinde der **Adventskirche Aubing**, das **Pfarrkapitel München-West** sowie der **Evangelische Initiativkreis Bildung und Erziehung** beteiligten sich an einer Unterschriftenaktion. Die Medien wurden mit Leserbriefen überschwemmt.

OB Ude musste feststellen, dass Hunderte von Eingaben den Stadtrat erreichten mit dem Ziel, die drohende Umbenennung zu verhindern

Ein herausragendes Ereignis in diesem Zusammenhang war die Vortragsveranstaltung der Lebendigen Gemeinde München e.V. mit **Landesbischof i.R. Prof. Gerhard Müller** am 15. Mai 2007 zum Thema „Landesbischof D. Hans Meiser – ‚ein antisemitischer Nationalprotestant?‘“ Erstmals hat hier ein Kirchenhistoriker öffentlich darauf hingewiesen, dass Meisers Text von 1926, der in der laufenden Diskussion als unerträglich antisemitisch empfunden wurde, von den Nationalsozialisten als durchgängig judenfreundlich aufgefasst worden ist. (69)

Am 2. und am 6. Juli richtete dann auch noch **Ulrich Wagner, Pfarrer an der Carolinenkirche Obermenzing**, zwei offene Briefe an Oberbürgermeister Ude und den Stadtrat. So kämpferisch wie diese Briefe sind, hätten sich wohl viele Protestanten in München den Einsatz ihres Bischofs für die Erhaltung der Meiserstraße gewünscht. Die mögliche Entnennung der Meiserstraße bezeichnete Wagner als Affront gegen die evangelische Bevölkerung Münchens. (70)

Am 3. Juli 2007 wandte er sich noch einmal mit einer E-Mail beschwörend an Landesbischof Friedrich, Regionalbischöfin Breit-Kessler und Stadtdekanin Kittelberger:

*„Nachdem intern die politischen Entscheidungen schon gefallen sind, dass der Münchner Stadtrat am 18. Juli 2007 die Bischof-Meiser-Straße umbenennen wird, bitte ich Sie dringend, ja fordere ich Sie auf, sich umgehend in öffentlichen Verlautbarungen und Kanzelabkündigungen an die Münchner und Oberbayerischen Gemeinden zu wenden und die Evangelischen zu einem öffentlichen Protest aufzurufen gegen dieses Vorhaben.*

*Nach der Verfassung unserer Kirche sind Sie verpflichtet, das Ansehen der Evangelischen Kirche zu wahren. Ich bitte Sie, sich dafür einzusetzen. ...“*

Auf diese Briefe gab es keinerlei offizielle Reaktion, weder von der Kirchenleitung noch von der Stadt. In einem Interview am 13. Juli 2007 mit der Süddeutschen Zeitung wurde die Frage an **Landesbischof Friedrich** gestellt: *„Wie ist die Stimmung unter den Protestanten? Es gibt ja sogar Pläne, gegen die Umbenennung zu demonstrieren.“* Friedrich antwortete:

*„Das halte ich für völlig daneben. Stellen Sie sich vor, Protestanten würden das vielleicht auch noch in der Meiserstraße selbst tun. Das würde eine Parallele zur damaligen Kundgebung von 1934 für den von den Nazis inhaftierten Landesbischof Meiser darstellen, die ich nicht für vertretbar halte, denn: Wir leben, anders als die Menschen damals, in einer Demokratie, und der Stadtrat hat natürlich das Recht, eine Entscheidung zu treffen, auch wenn sie uns nicht gefällt ...“*

Warum diese Zurückhaltung, wenn auch Friedrich glaubt, annehmen zu müssen, dass die Stadt mit Meiser nur ihre „*Political Correctness*“ erfüllen will? Schließen sich etwa nach seiner Einschätzung Demokratie und Demonstrationsrecht aus? Sein Optimismus und der Glaube *„an die Kraft der Argumente“* wurden jedenfalls durch den Stadtratsbeschluss nicht bestätigt. Die Argumente gegen eine Umbenennung, die Friedrich in diesem Interview durchaus vorbrachte (*Was immer ich auch Positives zu Meiser sage: Es hebt die Kritik an diesen schrecklichen Äußerungen nicht auf*<sup>4)</sup>) haben die beiden Mehrheitsparteien im Stadtrat nicht mehr beeindruckt. Auch nicht der Hinweis auf andere zu entnennende Straßen (Ludwig Thoma, Richard Wagner, Heinrich von Treitschke). Lediglich seine Feststellung bezüglich einer Klage gegen die Stadt München ließ noch einmal aufhorchen: *„Wir prüfen das juristisch gerade gemeinsam mit dem Landeskirchenrat, und das würden wir nicht tun, wenn wir die Klage nicht für eine realistische Möglichkeit hielten.“* (Zitate aus dem Interview).

### 2.3.4. Beschluss des Bezirksausschusses Maxvorstadt

Erstaunlicherweise erhielten die Gegner einer möglichen Straßen-Entnennung schon am 25. Juni 2007 Argumentationshilfe durch ein offizielles städtisches Gremium, den **Bezirksausschuss Maxvorstadt**, in dessen Bereich die Meiserstraße liegt. Er lehnte gegenüber dem Kommunalreferat eine Umbenennung der Meiserstraße ab. **Klaus Bäumler**, der Vorsitzende des Bezirksausschusses, begründete die Ablehnung zunächst mit diesen Argumenten:

*„ ... Mit der Tilgung des Straßennamens wird die Chance der offensiv-transparenten Auseinandersetzung im Rahmen der politischen Bildungsarbeit vertan. Historisch-politisches Lernen wird nicht durch „Beschweigen“ oder durch Löschen der politisch-administrativen Textur gefördert. Daß die Stadt München vor 50 Jahren die Arcisstraße vor dem Sitz des Evangelischen Landesbischofs in der Meiserstraße umbenannte, ist eine historische Tatsache und Teil der Münchner Erinnerungskultur. Hierzu sollten sich Stadt München und Stadtrat bekennen. Das Tilgen des Namens „Meiser“ im öffentlichen Raum vergibt die Chance einer offensiven Auseinandersetzung am authentischen, historischen Ort. ...“*

Nach einer Darstellung des Verhaltens Meisers von 1933-1945 stellt Bäumler weiter fest:

*„Die Frage, ob zwingende Gründe für eine Umbenennung vorliegen, ist durch die Verwaltungsgerichte in vollem Umfang nachprüfbar.“ D.h. die Evangelische Landeskirche hat ein Klagerecht, wenn ihr die Adresse ‚Meiserstraße‘ genommen wird.“*  
*„Ausgehend von dieser Betrachtung können in der Gesamtschau unter diesen Aspekten zwingende ‚öffentliche Gründe‘ für die Umbenennung nicht erkannt werden. ...“*

Diesen Beschluss hat der Bezirksausschuss, in dem an sich SPD und Die Grünen die Mehrheit haben, am 25. Juni 2007 gegen den eigenen Stadtrat gefasst (16:8)! (71)

Die mehrfache Verschiebung einer Entscheidung über die Meiserstraße im Münchner Stadtrat bot der Presse Gelegenheit, sich in zahlreichen Beiträgen zu äußern. Neben den verschiedensten Leserbriefen, die in den Zeitungen abgedruckt wurden, engagierten sich vor allem der „Münchner Merkur“, die „Abendzeitung“ und die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ in ihren Artikeln für Landesbischof Meiser. Ähnliches kann man vom kirchlichen „Sonntagsblatt“ kaum behaupten.

### 2.3.5. Ausgangslage für die Sitzung des Münchner Stadtrats

Zur Vorbereitung der Vollversammlung des Münchner Stadtrates hat das Kommunalreferat/Vermessungsamt den Räten eine umfangreiche Sitzungsvorlage (drei Tage vorher!) zukommen lassen. Sie enthielt vor allem die bereits aufgeführten Stellungnahmen und Gutachten, die mit der Entnennung in Nürnberg zusammenhingen sowie das Schreiben Friedrichs vom 23. Mai 2007 und den Beschluss des Kommunalausschusses vom 25. Juni 2007. Neu hinzu kamen aber die Stellungnahmen des **Stadtarchivs (72)** und der **Stadtbibliothek (73)**. Hans-Joachim Hecker für das Stadtarchiv: Der Stadtrat solle für seine Entscheidungsfindung das vom Landesbischof Anfang dieses Jahres angekündigte wissenschaftliche Symposium zur Rolle der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern im Dritten Reich abwarten. Schneider von der Stadtbibliothek: Der Stadtrat möge dem Beispiel der Stadt Nürnberg folgen und die Meiserstraße umbenennen. Auch die Presseveröffentlichung der Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, **Charlotte Knobloch**, vom 9. Februar 2007 war der Sitzungsvorlage beigelegt (74): „... Hans Meiser massiver Antisemit ... Die bereits für Mitte der 1920er Jahre historisch belegten, massiven antisemitischen Äußerungen des evangelischen Landesbischofs Hans Meiser sind so deutlich menschenverachtend und antidemokratisch, dass sie keiner weiteren Kommentierung bedürfen.“ (Das, obwohl sie dem Meiserenkel am Tag zuvor versichert hatte, sich aus der Diskussion herauszuhalten).

Damit ist die Ausgangslage für die entscheidende Sitzung des Stadtrates am 18.7.2007 beschrieben.

### 2.3.6. Vollsitzung des Münchner Stadtrates am 18. Juli 2007

In der hier angesetzten Debatte um die Entnennung der Meiserstraße verteidigten die Vertreter der CSU (Podiuk) wie die von FDP (Hirsch) und ÖDP (von Walter) Meiser vehement. Ebenso die Stadträte Altmann, Dr. Baretta und Feil. Die SPD (Lindner-Schädlich) und Die Grünen/Rosa Liste (Benker) sowie Die Linke (Wolf) stellten die Ankläger. Allen voran **Oberbürgermeister Ude**. Als Protagonist für die Entnennung hielt er – der Protestant – eine 50minütige Rede. Das umfangreiche Gesamtprotokoll ist bei der Stadt München zugänglich.

In seiner Vorrede stellte er fest, dass die Meiserstraße überhaupt nicht auf seiner Agenda gestanden sei und er die Debatte darüber nur mit größten Bedenken führen könne. Zumal ein sozialdemokratische Oberbürgermeister, der selbst im KZ gewesen ist, Thomas Wimmer, die Ehrung Meisers durch die Straßenbenennung veranlasst hatte. Doch die Kirche selber habe ihn, Ude, in diese Lage gebracht: „... wenn es nicht eine Diskussion gegeben hätte, beginnend mit der evangelischen Kirche, die an ihrer eigenen Hochschule in Neuendettelsau mit der Umbenennung angefangen hat, die selber als Institution der evangelischen Kirche gesagt hat: Dieser Name ist nicht Vorbild, was die Verkündigung des Evangeliums angeht, was die Beziehung von Christentum und Judentum angeht und was die Wahrung der Menschenrechte angeht. ... Sie (Anm. d. Verf.: die Diskussion) ist in anderen Städten öffentlich geführt worden und sie ist ein Thema geworden, dem man nicht mehr ausweichen konnte...“

Weiter behauptete Ude, er gehe „ohne jede Rechthaberei und Überheblichkeit an das Thema heran“, auch bewege ihn keine Political Correctness. Doch was für die „Stadt der Reichsparteitage“ (Nürnberg) recht sei, das sei auch billig für die „Stadt der Bewegung“ (München). Im Übrigen führe der Straßenname an sich nicht zu einer kritischen Aufarbeitung von Geschichte, allenfalls die Auseinandersetzung über die Umbenennung. Mit Befriedigung nehme er zur Kenntnis, dass heute niemand mehr eine Straße nach Meiser benennen würde (Äußerung auch von Landesbischof Friedrich!).

Inhaltlich wiederholte er völlig undifferenziert und ungeprüft die in der bisherigen Diskussion und in der Tischvorlage vorgebrachten Anklagen gegen Meiser. Ude und die ihm folgenden Parteien schlossen sich also voll inhaltlich der Sitzungsvorlage des Kommunalreferats/ Vermessungsamts und dem Vorschlag der Kommunalreferentin Frau Friderich an:

*„Es besteht daher ein großes Interesse der Landeshauptstadt München an der Rücknahme der Ehrung von Bischof Dr. Hans Meiser. Eine derartige Ehrung erhalten nur verdiente Bürgerinnen und Bürger, nicht jedoch solche, die den Antisemitismus gefördert und gestützt haben und deren Ehrung – auch durch ihr Fortbestehen – geeignet ist, den Ruf der Landeshauptstadt München nachhaltig zu schädigen. Die Stadt hat ein berechtigtes Interesse daran, mit diesen Taten nicht (mehr) in Verbindung gebracht zu werden.“ (75)*

Diese Formulierung stellt aber eine absolute Ehrabschneidung dar. Sie stimmt auch wortwörtlich überein mit der Formulierung, die die Stadt bei der Entnennung der Von-Trotha-Straße verwendet hat. Mit diesem Bannfluch wird Hans Meiser also auf die gleiche Stufe gestellt wie der Verursacher des Völkermordes an den Hereros in Deutsch Südwestafrika 1904.

Bisher standen nur Meisers angeblich antisemitischen Worte in den Anklageschriften, nun aber auch „seine Taten“. Welche? Völkermord?

Nach der Diskussion in der Vollsitzung beschloss der Stadtrat mit den Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen/Rosa Liste, Die Linke.PDS und Stadtrat Ofmann, dem Vorschlag der Referentin Friderich des Kommunalreferats zu folgen:

1. **Die bestehende Straßenbenennung Meiserstraße wird aufgehoben.**
2. **Das Kommunalreferat wird beauftragt, nach erneuter Beratung des Themas im Ältestenrat den Kommunalausschuss mit einer Neubenennung zu befassen.**

Dieser Beschluss unterlag nicht der Beschlussvollzugskontrolle. Auch einzelne Abweichler aus der SPD mussten sich dem Fraktionszwang beugen.

Damit war auch der Änderungsvorschlag der CSU, ein von der Kirche angekündigtes Symposium abzuwarten, abgelehnt.

Auch der Beschluss des Bezirksausschusses Maxvorstadt (siehe 2.3.4.), den der Vorsitzende Klaus Bäumler noch einmal mit großem Einsatz erläuterte, fand letztlich kein Gehör mehr. Ebenso wenig seine Kritik, dass die Stadt München mit der Entnennung gegen ihren eigenen Kriterienkatalog verstoße, der eindeutig nicht auf Meiser zutraf:

*„Umbenennungen setzen in München im Grundsatz persönlich vorwerfbares Verhalten in einer besonderen Qualität voraus. Es müssen zusätzlich schwerwiegende, persönliche Handlungen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Rassismus gegeben sein.“ (76)*

Der einzige offizielle Weg, die Entscheidung des Stadtrates rückgängig zu machen, wäre nun eine Klage der Kirche selbst gewesen. Als Anlieger hätte das Landeskirchenamt die rechtliche Möglichkeit dazu gehabt. Landesbischof Friedrich hatte sie auch angekündigt (Interview mit der Süddeutschen Zeitung am 12. Juli 2007). Doch trotz eines ermutigenden rechtlichen Gutachtens vom 7. September 2007 (Es gibt *„aussichtsreiche Erfolgsaussichten, die ein Klageverfahren aus juristischer Sicht rechtfertigen“*), verzichtete die Landeskirche auf ihr Klagerecht und behauptete, die Erfolgsaussichten einer Klage seien zu gering (vergleiche auch: (77)). Sie überließ es der Familie Meiser mit der Begründung zu klagen, dass mit der Änderung des Straßennamens und insbesondere durch die unzutreffenden und ehrenrührigen Unterstellungen im Entnennungsbeschluss vom 18. Juli 2007 die Landeshauptstadt München postmortal das Persönlichkeitsrecht von Landesbischof Meiser verletze.

So wurde also die Verurteilung Meisers vollendet. (Die FAZ nannte das „Straßenreinigung“) Mit ihr begonnen hatten 1934 die nationalsozialistischen Machthaber, durchgesetzt aber haben sie die Demokraten in Kirche und Staat im Juli 2007. Die Kirche mit Landesbischof Friedrich hatte sich in München wohl auch gegen die Umbenennung der Meiserstraße ausgesprochen, doch nirgendwo hat sie sich schützend vor ihren ersten Landesbischof gestellt. Eine Rehabilitierung Meisers lag nicht in ihrer Absicht. Dabei ist es bis heute geblieben. Und es wird sich in der Causa Meiser auch nichts ändern, wenn nicht die neuen Ergebnisse zur Meiserforschung, durch die sämtliche Vorwürfe und Behauptungen widerlegt wurden, berücksichtigt werden. Sie finden sich unter anderen in diesen Publikationen: (78)

Schließlich wurde nach bereitwilliger Suche durch das Dekanat München aus der Meiserstraße die Katharina-von-Bora-Straße und Meiser die persona non grata Münchens. Ein später Sieg für die Nationalsozialisten.

## **Resümee**

- Die Demokraten in Kirche, Stadt, Wissenschaft und breiter Öffentlichkeit waren nicht in der Lage, den Artikel im Nürnberger Gemeindeblatt von 1926 als Streitschrift Meisers gegen die Judenhetze der Nationalsozialisten zu erkennen.
- Sie waren auch nicht bereit dazu, denn es kam ihnen sehr gelegen, die deutsche unrühmliche Vergangenheit an einem kirchlichen Sündenbock festmachen zu können.  
Oberbürgermeister Ude: Meisers Verhalten ist das klassische Beispiel für das Versagen der deutschen Eliten. (76)
- Ohne intensive Forschung zu betreiben oder zu veranlassen, haben sie an den immer wieder

erhobenen Vorwürfen festgehalten (Antisemitismus, Rassismus, mangelnde Schuldeinsicht, Unterstützung von Nazi-Verbrechern u.a.) und sämtliche Verdienste Meisers ausgeblendet.

Meiser eine herausragende Reiz- und Feindperson für die Demokraten von heute („*Süddeutsche Zeitung*“ vom 14.12.1998: *Das Schild „Meiserstraße“ muss verschwinden*).

- (1) Korrespondenzblatt vom 10 . April 1933.
- (2) Baier Helmut in *Spielräume des Handelns und der Erinnerung, Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern und der Nationalsozialismus*, Göttingen 2010
- (3) Mensing Björn, *Pfarrer und Nationalsozialismus*, Bayreuth 2001, 3. Aufl. belegt das an vielen Beispielen
- (4) Dietzfelbinger Hermann, *Veränderung und Beständigkeit, Erinnerungen*, München 1985, 2. Aufl., S. 45
- (5) Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, MA 99526
- (6) Pfarrer Richard Zwörner war Pfarrer in Selb, Gaufachberater Schemms für kirchliche Angelegenheiten, Studienrat
- (7) Baier Helmut, *Chronologie des bayerischen Kirchenkampfes 1933-1945*, Nürnberg 1969, S.55
- (8) Verantwortung für die Kirche, *Stenographische Aufzeichnungen und Mitschriften von Landesbischof Hans Meiser 1933-1955*, Band I, S.252, Göttingen 1985
- (9) Wurm Theophil, *Erinnerungen aus meinem Leben*, S.94, Stuttgart 1953
- (10) Nachdruck in der „*Allgemeinen Rundschau*“ Nürnberg, Montag 17. September 1934,S.5
- (11) ebd. S.5 und S.6
- (12) ebd. S.6
- (12a) Kitzmann Armin Rudi, *Mit Kreuz und Hakenkreuz*, München 1999, S.264ff
- (13) *Lutherisches Missionsjahrbuch 1935*, Nr.37, S.92
- (14) Offener Brief des Frankenbischofs Karl Holz an den Landesbischof Meiser in „*Der Stürmer*“, Nürnberg 1935
- (15) Artikel aus „*Der SA-Mann*“, 28. Juni 1936
- (16) LAELKB, Personen 36 (Hans Meiser) 1922, Schreiben des Reichsstatthalters von Sachsen an den Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern r.d.Rhs., Herrn Meiser vom 2.11.1937
- (17) Sonderarchiv Moskau, 500/3/322, abgedruckt in: *Die Judenpolitik des SD 1935-1938*, Hrsg. Michael Wildt, Oldenburg 1995, S.150-153.
- (18) [http://Wikipedia.org/wiki/Alfred\\_Rosenberg](http://Wikipedia.org/wiki/Alfred_Rosenberg)
- (19) Alfred Rosenberg, *Protestantische Rompilger, Der Verrat an Luther und der Mythos des 20. Jahrhunderts*, Hoheneichen, 1.Aufl., München 1937
- (20) ebd. S.10
- (21) ebd. S.15
- (22) ebd. S.14/15
- (23) ebd. S.16
- (24) ebd. S.21
- (25) ebd. S.20

- (26) KünnethWalter, Evangelische Wahrheit! Ein Wort zu Alfred Rosenbergs Schrift „Protestantische Rompilger“, Berlin 1927, Anmerkung S.8/9
- (27) Alfred Rosenberg, Protestantische Rompilger, Der Verrat an Luther und der Mythos des 20. Jahrhunderts, Hoheneichen, 1. Aufl., München 1935, S.67
- (28) Helmut Baier, Die Deutschen Christen Bayerns im Rahmen des bayerischen Kirchenkampfes, Nürnberg 1968, S.12-188
- (29) Wolf Meyer-Erlach, Kirche oder Sekte, Offener Brief an Herrn Landesbischof D. Meiser, München, Weimar 1934
- (30) ebd. Vorwort
- (31) ebd. S.5
- (32) ebd. S.10
- (33) ebd. S.15
- (34) ebd. S.25
- (35) ebd. S.26
- (36) Baier Helmut. Die Deutschen Christen im Rahmen des bayerischen Kirchenkampfes, Nürnberg 1968, S.348
- (37) Roepke Klaus-Jürgen, Die Protestanten in Bayern, München 1972, S.419
- (38) Evangelisches Gemeindeblatt für Nürnberg 1926, S.394 ff
- (39) Evang.- Luth. Landeskirchenamt München an den Präsidenten des Reichsfinanzhofs,  
17. April 1943. Evangelisches Landeskirchenamt Stuttgart A126, Nr.2701, Bl.167f
- (40) Vortrag von Landesbischof i.R. Hermann Dietzfelbinger am 16. 2.1981 in Nürnberg. Manuskript im Besitz des Autors
- (41) ELKB, Personen 36 (Hans Meiser)5. Brief des Oberrabbinats der Israelitischen Kultusgemeinde München vom 16.2.1950 an Landesbischof Meiser
- (42 ) Schreiben des Stadtrates der Landeshauptstadt München vom 16.2.1951 an Landesbischof Meiser
- (43) Holzhaider Hans, Süddeutsche Zeitung 21./22. , 24., 26. November 1998
- (44) Bormann Lukas, Der „Stürmer“ und das evangelische Nürnberg (1924-1927). Zur Entstehung von Meisers Artikel aus dem Jahre 1926 „Die evangelische Gemeinde und die Judenfrage“ in Zeitschrift für Bayerische Kirchengeschichte 78. Jg. Nürnberg 2009, S. 187- 212
- (45) Bogdahn, Martin, 9. Februar 1999, Stellungnahme der Evang.-Luth. Kirche in Bayern zum Antrag auf Umbenennung der Meiserstraße in Sitzungsvorlage des Münchner Stadtrats Nr.02-08/V 10389
- (46) Hecker Hans-Joachim, Schreiben an das Kommunalreferat der Stadt München vom 24.02.1999, Archiv der Stadt München Nr.32/163/99
- (47) Bericht des Landesbischofs auf der Synode vom 26.-30. November 2006 in Rummelsberg, S. 21 des Protokolls
- (48) [http://www.gruene-stadtratsfraktion.nuernberg.de/antraege/bischof\\_\\_meiser\\_20\\_04\\_06....](http://www.gruene-stadtratsfraktion.nuernberg.de/antraege/bischof__meiser_20_04_06....) 20.07.2006
- (49) Bericht des Landesbischofs (wie Anm.47)
- (50) ebd. S.21
- (51) Erklärung der Augustana-Hochschule
- (52) Protokoll der Landessynode vom 26.-30. November 2006 in Rummelsberg, S.32
- (53) Gutachten von Rektor i.R. Prof. Dr. Gotthard Jasper, Sitzungsvorlage wie Anm. (45)
- (54) Stellungnahme des Dekanatsausschusses Nürnberg zur Benennung der „Bischof-Meiser-Straße“ vom 13. Juli 2006
- (55) Stegemann, Wolfgang „Gedenkjahr“ für Landesbischof Meiser gescheitert, in: Erträge, Sommersemester 2006, S.37ff, Neuendettelsau 2006

**Erfahrungen mit der Erinnerungskultur“**

- (56) Bernd Hamm, Offener Brief an Rektor i.R. Prof. Dr. Gotthard Jasper vom 25.07.2006 (im Besitz des Autors)
- (57) Protokoll der Landessynode vom 26-30. November 2006 in Rummelsberg, S. 32
- (58) Meiser, Hans Christian, Der gekreuzigte Bischof, Kirche, Drittes Reich und Gegenwart. München 2008, S.58ff. Antworten auf die Vorwürfe von Prof. Wolfgang Stegemann
- (59) Landeskirchliches Archiv Nürnberg, Kreisdekan Bayreuth 5, Schreiben Meisers an den Präsidenten des Reichsfinanzhofes vom 17.09.1943
- (60) Gotthard Jasper, Nachbemerkung vom 14.11.2006 zum Gutachten zu Landesbischof D. Hans Meiser Stadt Nürnberg, in: Evangelisch-Lutherisches Dekanat Nürnberg (Hg.), die Umbenennung der Bischof-Meiser-Straße in Nürnberg. Eine Dokumentation, Nürnberg 2009, S. 83-85
- (61) Vergleiche: Hans Christian Meiser, Der gekreuzigte Bischof, Kirche. Drittes Reich und Gegenwart. Eine Spurensuche, München 2008, S.33ff
- (62) wie Anmerkung 57, S.22
- (63) Sonntagsblatt, Evangelische Wochenzeitung für Bayern, Nr.5, 4.2.2007, S.18
- (64) Friedrich besteht darauf, dass sich die Kirche – im Sinne der Zwei-Reiche-Lehre Luthers – aus der Debatte um die Entnennung im Stadtrat heraushalten müsse. Gleichzeitig erheben er und andere den Vorwurf, Meiser habe sich nicht genügend in die Maßnahmen der Nazi-Regierung eingemischt.
- (65)
- (66) Pressemitteilung, wiedergegeben im Sonntagsblatt, Evangelische Wochenzeitung für Bayern, Nr.5, 4. Februar 2007
- (67) Lukas Bormann, Der „Stürmer“ und das evangelische Nürnberg (1924-1927) zur Entstehung von Hans Meisers Artikel aus dem Jahre 1926 „Die evangelische Gemeinde und die Judenfrage“ in Zeitschrift für bayerische Kirchengeschichte 78.Jg., 2009, S.187-213
- (68) Sitzungsvorlage zur Vollsitzung des Stadtrats Nr. 02-08/V 10389: Schreiben des Landesbischofs der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern Dr. Johannes Friedrich an alle Münchner Stadträte vom 21. Mai 2007
- (69) Gerhard Müller, D. Hans Meiser – ein antisemitischer Nationalprotestant? In Zeitschrift für Bayerische Kirchengeschichte 76.Jg., Nürnberg 2007, S.270-292
- (70) Ulrich Wagner, offene Briefe an Oberbürgermeister Ude und den Münchner Stadtrat vom 2. und 6. Juli 2007, Carolinenkirche Obermenzing, Sarasatestraße 16
- (71) Schreiben des Bezirksausschusses 3 Maxvorstadt an die Landeshauptstadt München  
Kommunalreferat, 25. Juni 2007, KB TO 6/07 , wie Anmerkung (68)
- (72) wie Anm. (68)
- (73) wie Anm. (68)
- (74) wie Anm. (68)
- (75) Sitzungsvorlage zur Vollsitzung des Stadtrats: wie Anm. 68
- (76) Protokoll der Vollsitzung des Münchner Stadtrates vom 18. Juli 2007
- (77) Oberkirchenrätin Breit-Kessler, Susanne im Protokoll der Synode vom 29. November 2007 in Bamberg
- (78) - Meiser, Hans Christian: Der gekreuzigte Bischof-Kirche, Drittes Reich und Gegenwart, München 2008  
- Müller, Gerhard: Landesbischof D. Hans Meiser – „ein antisemitischer Nationalprotestant“? in Zeitschrift für bayerische Kirchengeschichte 76. Jg, Nürnberg 2007, S.270-292  
- Müller, Gerhard: Bekennende Kirche konkret. Unterstützung von Gemeinden der

**Bekennenden Kirche in anderen Landeskirchen durch die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern in Zeitschrift für bayerische Kirchengeschichte 77.Jg, Nürnberg 2008, S.228-251**

**- Bormann, Lukas: Der „Stürmer“ und das evangelische Nürnberg (1924-1927). Zur Entstehung von Hans Meisers Artikel aus dem Jahr 1926 „Die evangelische Gemeinde und die Judenfrage“ in Zeitschrift für bayerische Kirchengeschichte 78.Jg., Nürnberg 2009, S.187-212**

**- Kitzmann, Armin Rudi: Unbekannter Landesbischof D. Hans Meiser in Zeitschrift für bayerische Kirchengeschichte 78.Jg., Nürnberg 2009, S. 213-230**

**- Bormann, Lukas: Bibel, Bekenntnis, Gewissensfreiheit-Judentum? Hans Meisers Schreiben an den Reichsfinanzhof vom 17.9.1943 in Zeitschrift für bayerische Kirchengeschichte 80.Jg., Nürnberg 2011, S. 262-282**

**- Kitzmann, Armin Rudi: „Meines Bruders Hüter sein“. D. Hans Meiser: Ein Bischof in Verantwortung in Zeitschrift für bayerische Kirchengeschichte Jg.80, Nürnberg 2011, S.383-419**

**- [www.bischof-meiser.de](http://www.bischof-meiser.de)**